

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 M. (binnen 95 Pf., monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4.92 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einspalt. Anzeigenzeile 50 Pf. (binnen 45 Pf., monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4.92 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.— M.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Herausg.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbeschluss: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. B. u. D. 10. — Depositionskonto: Jerusalemstr. 65-66.

Die neue Wirtschaftskommission.

Arbeitervertreter nehmen teil. — Gegen Zollerhöhungen.

Am 28. wird mitgeteilt: Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, den ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgestattet haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben wieder ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß

ihre Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen

zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte

deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll.

Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen,

die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu

verfügen und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Abjähmlichkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht ist diese Aufzählung nicht erschöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihre Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwas in gemeinsamer Vorgehen auf dem Gebiete von Zollerhöhungen zu suchen. Sie werden sich in Einklang mit den all-

gemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind überzeugt, daß sie hiermit

den Grundstein zu einem Werk des Aufbaus legen.

Dies Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuwirken alle beufen sind.

Zu dem Ergebnis der Besprechungen wird in deutschen offiziellen Kreisen über das Kommuniqué hinaus weiter erklärt:

Die vertrauensvolle und offene Aussprache hat sich nicht auf die praktischen Fragen beschränkt, die schon vorher festgelegt waren, sondern

auf die großen politischen Probleme der beiden Länder und Europas sowie auf die Weltpolitik erstreckt.

Lösungen dieser Fragen haben wir zunächst zurückgestellt und die praktische Arbeit in den Vordergrund gerückt, nämlich auf die Einsetzung des deutsch-französischen Komitees und seinen Aufgabekreis. Das Komitee besteht aus hohen Bürokraten, die von den beiden Regierungen ernannt werden, außerdem werden je nach Bedarf und nach den zu behandelnden Aufgaben Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Finanz- und des sozialen Lebens (Gewerkschaften) hinzugezogen werden. An der Spitze des Komitees wird jeweils ein Minister stehen, je nachdem ob in Berlin oder Paris getagt wird. Ein Generalsekretariat von zwei Beamten wird für die Organisation der Konferenz eingerichtet; von diesen zwei Beamten ist je einer ein Deutscher oder Franzose. Wir wollen die zum Teil schon sehr engen Wirtschaftsbeziehungen weiter ausbauen in Kartellen, im Handelsverkehr und in der Auffindung gemeinsamer Wege für weitere Möglichkeiten. Das ist nicht eine deutsch-französische Orientierung gegen dritte Staaten, sondern man wird sich im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit halten. Wo dritte Staaten unmittelbar interessiert sind, werden sie unterrichtet werden. Das Komitee wird mit seiner Arbeit nicht beschränkt, es soll elastisch sein und wird selbst seinen Weg unter der Leitung der dafür verantwortlichen Regierungen finden. Neben diesen wirtschaftlichen Aufgaben soll das Komitee ein Instrument für die Zusammenarbeit, ein Kristallisationskern sein, an dem sich hoffentlich auch anderes anschließen kann als diese ersten Aufgaben.

Sobald die technischen Vorarbeiten beendet sind, wird das Komitee zusammentreten. Das wird hoffentlich Mitte Oktober geschehen.

Reichspräsident von Hindenburg nahm am Montag in seinem Arbeitszimmer den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval und des französischen Außenministers Briand, die von dem Botschafter Frankreichs in Berlin Francois-Poncet begleitet waren, entgegen.

Wieder allein.

Nach dem französischen Ministerbesuch.

Die Gäste aus Frankreich verlassen heute morgen wieder Berlin, um zu ihren häuslichen Sorgen zurückzukehren. Sie lassen uns bei den unfernen, die durch die Ergebnisse ihres Besuches nicht viel geringer geworden sind. Es ist die Einsetzung eines Komitees beschlossen worden, das die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet prüfen und fördern soll. Dieses Komitee kann eine gute Sache werden, aber es schafft von heute auf morgen nicht Arbeit und Brot. Ob das Komitee eine gute Sache wird, hängt wiederum davon ab, in welchem Geist die Politik beider Länder gelenkt wird. Man kann sich vorstellen, daß das Komitee sehr lebendige und sehr fruchtbare Arbeit leistet; aber ebenso möglich ist, daß es verrottet und schrumpft. Viel wird von den leitenden Personen des Generalsekretariats abhängen, das geschaffen werden soll. Entscheidend aber wird sein, wer in Berlin und wer in Paris regiert.

Die katastrophale Wirtschaftslage hat mehr als eine Ursache. Eine von den vielen ist zweifellos die politische Unruhe Europas und sein handelspolitischer Kriegszustand. Die Herstellung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit ist daher eine Idee von unwiderlegbarer Vernunft. Aber ob diese Idee wirklich ausgeführt wird, und wie sie ausgeführt wird, davon hängt alles weitere ab.

Wenn sich die deutsche Sozialdemokratie zu dem Ergebnis der Berliner Ministerbesprechungen grundsätzlich zu stimmen stellt, so dient sie damit den Interessen des deutschen Volkes besser, als jene es tun, die unbedingt einen anderen Kurs der Außenpolitik wünschen — sie wissen nur nicht welchen. Besser als die Kommunisten, die jeden Versuch deutsch-französischer Annäherung freischend als eine Gefahr für Sowjetrußland denunzieren, besser als die Nationalsozialisten, deren Berliner Organ gestern Abend die Franzosen als „Schurken“ bezeichnete, mit denen es nichts anderes geben kann als Kampf. Es ist wirklich schade, daß das Experiment nicht gemacht werden kann, wie Deutschland nach drei Monaten kommunistischer und nationalsozialistischer Herrschaft aussehen würde, und wieviel dann noch von den Stimmen übrigbliebe, die in Hamburg und anderwärts für Hakenkreuz und Sowjetstern abgegeben worden sind!

Leider kann man dieses Experiment nicht machen, es wäre zu teuer! Alte Weisheit und jüngste Erfahrung lehren, daß in der Außenpolitik eine gewisse Kontinuität unentbehrlich ist, daß hier nichts gefährlicher ist als ein Zickzackkurs. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, daß ein Personenwechsel im Außenministerium — auch wenn er einen Personenwechsel im Kanzleramt nach sich ziehen sollte — mit einem außenpolitischen Kurswechsel nicht verbunden sein darf. Man stelle sich nur einmal vor, wie es wirken würde, wenn ein paar Tage nach den Berliner Trinksprüchen eine Regierung nach den Wünschen der Hakenkreuzler ins Amt wäre! Man stelle sich vor, daß eine solche Regierung sich als erste Aufgabe setzte, die gewiß nicht überwältigenden, aber doch zu Hoffnungen berechtigenden Ergebnisse der Konferenz zunichte zu machen. Nicht nur in Frankreich, in der ganzen Welt würde das deutsche Volk in den Ruf kommen, ein nicht verhandlungsfähiger Partner zu sein.

Die erzielten Ergebnisse sind eigentlich nur der äußeren Form nach Ergebnisse der Berliner Ministerkonferenz. In Wirklichkeit sind sie Ergebnisse der zähen unermüdbaren Arbeit, die von den Sozialdemokraten beider Länder und den Gewerkschaften geleistet worden ist. Es ist darum nur folgerichtig, daß in dem zu schaffenden Komitee den Vertretern der Arbeiterschaft Sitz und Stimme gegeben wird. Es wird ebenso folgerichtig sein, wenn zwischen den Arbeiterorganisationen der beiden Länder eine noch engere Verbindung hergestellt wird, als sie bisher besteht. Die Verständigung der Kapitalisten beider Länder bedingt eine enge Gemeinschaft der Arbeiter als Gegenstück und Gegengewicht. Nur durch diese Gemeinschaft wird es möglich sein, den Gefahren vorzubeugen, die eine allzu große Intimität der Kapitalisten untereinander für die Arbeiter stets in sich einschließt.

Auch die beste Idee kann in ihrer Ausführung zum Zerrbild ihrer selber werden. Das offiziöse Kommuniqué versichert beruhigend, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit keine Spitze gegen Dritte haben und auch nicht zu Zollerhöhungen führen soll. Wäre der Einfluß der Arbeiter in beiden Ländern schon so groß wie wir ihn wünschen, so würde sich das Kommuniqué ebenso wie gegen Zollerhöhungen auch gegen Lohnkürzungen aus-

England vor den Neuwahlen.

Unüberbrückte Gegensätze in der „nationalen“ Regierung.

London, 28. September. (Eigenbericht.)

Rachonald erklärte am Montag im Unterhaus, daß er noch keine Aussicht darüber geben könne, wann das Haus aufgelöst wird. Er hoffe, am Mittwoch die Entscheidung bekanntgeben zu können.

Das Kabinett ist hinsichtlich der Auflösung des Unterhauses noch zu keinem Entschluß gekommen. Auch in ihm gehen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit baldiger Wahlen stark auseinander. Die Konservativen möchten Rachonald zur leitenden Figur einer „nationalen Politik“ im Sinne der Konservativen machen und Wahlen veranstalten, deren Schlachtruf sein soll: Alle Macht dem Premier. Die Liberalen sind gegen Wahlen. Käme es dennoch dazu, dann dürften die liberalen Minister mit Ausnahme von Sir John Simon zurücktreten. Dagegen würden die Liberalen für einen Rollback zu haben sein.

Rachonalds Programm ist in erster Linie von dem Ausgang des Kampfes zwischen den konservativen und liberalen Elementen innerhalb der Regierung abhängig. Die von der Regierung ausgehenden Bemühungen, Henderston in die nationale Regierung einzubeziehen, sind, wie nun endgültig feststeht, erfolglos geblieben. Dagegen finden zwischen Liberalen und einer stark freihändlerisch eingestellten Gruppe der Labour Party Annäherungsversuche statt, die bis auf ein Wahlbündnis gegen die Konservativen abzielen.

Snowden gegen Inflation.

London, 28. September.

Im Unterhaus antwortete Snowden auf die Frage, ob die Regierung die Zweckmäßigkeit einer Rückkehr zum Goldstandard erwogen habe, es wäre wohl verfrüht, eine Erklärung darüber jetzt schon abzugeben, da die künftige Entwicklung Englands später unter der Einwirkung der dann im Inland und im Ausland herrschenden Umstände beschlossen werden müsse. Der Schatzkanzler fügte hinzu: „Ich halte es jedoch für richtig, zu wiederholen, daß die Regierung fest entschlossen ist, jede inflationistische Maßnahme zu vermeiden. Den zeitweiligen Schwankungen sollte keine zu große Beachtung geschenkt werden.“

Der zweite Teil der Frage, der dahin ging, ob zwischen der englischen und anderen Regierungen Verhandlungen zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Fixierung eines internationalen Währungsstandards geführt wurden, wurde von Snowden verneint.

Berliner Börse geschlossen.

Bis auf weiteres. — Die übrigen deutschen Börsen folgen nach.

Der Berliner Börsenvorstand hat am Montag beschlossen, die Berliner Börse bis auf weiteres für jeden Verkehr und für jeden Besuch geschlossen zu halten. Man darf annehmen, daß sich auch die übrigen deutschen Börsen diesem Schritt anschließen werden.

gesprachen haben. Denn das Lebensniveau nicht noch tiefer sinken zu lassen, ist für die Wirtschaft ganz Europas zu einer Frage um Sein oder Nichtsein geworden. Leider gibt es auf diesem Gebiet noch kein Stillhaltefortium, das beispielsweise Mund- und Handwerk eines Schiele stilllegen könnte.

In Paris schätzt man den Berliner Besuch als einen Erfolg für Laval und Briand. Sicherlich bedeutet es auch für Brüning und Curtius ein Plus — das freilich auf ein sehr erhebliches Risiko aufzurechnen ist. Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, sich mit einer der beteiligten Regierungen zu solidarizieren. Um so mehr Grund hat sie, das festzuhalten, was an dem Ergebnis des Berliner Besuchs ihr Erfolg ist. Auf dem Wege zur Herstellung des wahren Völkerefriedens, auf dem Wege zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung liegt die deutsch-französische Verständigung, das heißt Verständigung der arbeitenden Massen der beiden Länder. Von ihrer politischen Reife und Willenskraft hängt das Schicksal der ganzen Menschheit ab. Unbeirrbar werden die sozialdemokratischen Parteien beider Länder ihren Weg weitergehen, durchdringen von der Ueberzeugung, daß nur ihr Sieg für die leidenden Völker Europas Leben, der Sieg ihrer Feinde aber Untergang für alle bedeutet.

Günstiger Eindruck in Paris.

Paris, 28. September. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerbesuch in Berlin bildet in der Pariser Nachmittagspresse am Montag das Hauptthema der Betrachtungen. Die Zeitungen weisen vor allem auf die Bedeutung des Empfangs der französischen Minister durch den Reichspräsidenten hin, der nach dem „Antragsgeant“ einen bedeutungsvollen Akt in der deutsch-französischen Annäherungspolitik darstellt.

Die nationalistische „Liberté“ erklärt, daß der Tag der Anwesenheit Laval's und Briand's in Berlin der Tag Stresemann's, der Tag des Triumphes seiner Politik sei, weil sich diese Politik trotz aller Fallstricke und Enttäuschungen durch die Kraft der Notwendigkeit den Leidenschaften der Menschen aufzuerlegt. Der „Temps“, der den warmen Empfang der französischen Minister und den Verlauf des ersten Tages ermutigend findet und die Hoffnung ausspricht, daß die durch den Besuch geschaffene Atmosphäre in weitem Maße die auf beiden Seiten des Rheins unternommenen Bemühungen um die Entspannung und Verständigung begünstigt, schreibt zu den Trinksprächen, die Brüning und Laval bei dem Diner in der Reichskanzlei ausgetauscht haben: „Die Rede Brüning's ist die Rede eines Mannes, der guten Willen hat. Der Reichskanzler hatte schon während seines Besuches in Paris diesen Eindruck bei allen denen hinterlassen, die mit ihm zusammentrafen. Der Reichskanzler und der französische Ministerpräsident haben in ihren Reden einen Beweis ihres politischen Verstandes erbracht, indem sie jede unklare Sprache, die die Zukunft engagiert hätte, vermieden haben. Beide Reden sind vor allem bemerkenswert durch die Tatsache, daß in ihnen jede Anspielung auf die Fragen unterlassen wurde, die Franzosen und Deutsche nicht mit Kaltblütigkeit und Ruhe diskutieren und lösen können. Darin, daß dies von der öffentlichen Meinung der beiden Länder verstanden wird und der Tat und die Geschicklichkeit der beiden Regierungschefs diesen politischen Fortschritt möglich gemacht haben, kann man den Anfang eines Sieges der Vernunft und der Klarheit über die zu lange entseelten Leidenschaften erblicken.“

Das schwerindustrielle „Journal des Débats“ findet die Reden Brüning's und Laval's sage und zurückhaltend und erklärt, daß die Redner das Bedürfnis empfunden hätten, die Völker mit Hoffnungen zu rühren, daß sie aber auch Enttäuschungen befürchteten. Man sei also heute nicht mehr über die berühmte deutsch-französische Zusammenarbeit erleuchtet. Das einzige Klare sei, daß die Deutschen Kredite haben möchten, daß aber die Franzosen ihre Gelder nicht einem Land geben wollten, dessen Absichten sämtlich gegen Frankreich gerichtet seien.

Im Gefolge der Pfund-Entwertung.

Standinaviens Abkehr vom Golde. — Diskonterhöhungen überall.

Die Entwertung des englischen Pfundes wirkt sich immer stärker aus. Nicht allein Privatbanken, die hohe Bestände an Pfund-Börseln und Pfund-Devisen haben, kommen in Schwierigkeiten, auch eine ganze Anzahl europäischer Notenbanken können nicht mehr die Goldparität ihrer Währungen halten.

Am stärksten sind bisher die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen betroffen. Diese mußten schon in der vorigen Woche ihre Diskontsätze auf 6 Prozent erhöhen; in Norwegen und Schweden ist inzwischen eine weitere Erhöhung auf 8 Prozent erfolgt. Alle drei Länder haben ein Goldausfuhrverbot erlassen. Und Norwegen und Schweden haben am Sonntag — gerade eine Woche später als London — beschlossen, vom Goldstandard abzugehen, das heißt, ihre Notenbanken wurden von der Verpflichtung befreit, ihre Noten zum gesetzlich festgelegten Kurs in Gold umzutauschen.

In Dänemark hat man bisher keinen Entschluß gefaßt; es ist damit zu rechnen, daß zunächst einmal der Prozentsatz, zu dem die Noten durch Gold zu decken sind, von 50 auf 33 1/3 Prozent herabgesetzt wird. Die Valuten aller drei Länder — unter dem Goldstandard wurden für 100 Kronen 112,50 Mark gezahlt — haben bereits einen starken Kursverlust zu verzeichnen. Am Montag wurden in Berlin 100 Norwegen-Kronen mit 93 Mark, 100 Dänen-Kronen mit 92,50 Mark, 100 Schweden-Kronen mit 100 Mark notiert.

Daß gerade die skandinavischen Länder so stark unter dem Kurssturz des Pfundes zu leiden haben, ergibt sich aus der engen wirtschaftlichen Verbindung dieser Länder mit Großbritannien. Der Markt für Dänemarks Landwirtschaft ist England; aber auch die Ausfuhr der beiden anderen Länder geht zu einem hohen Prozentsatz nach England. Bei Norwegen kommt hinzu, daß die norwegische Schifffahrt, die mit ihren hohen Einnahmen wesentlich zum Ausgleich der Zahlungsbilanz beiträgt, langfristige Verträge in englischen Pfunden abgeschlossen hat.

Auch Holland ist nicht unberührt geblieben, da die niederländische Bank einen hohen Bestand an Pfundwechseln hat. Sie hat aber erklärt, auf alle Fälle am Goldstandard festhalten zu wollen. Doch mußte sie ihren Diskontsatz von 2 auf 3 Proz. erhöhen, um möglichst Kapitalabwanderungen aus Holland vorzubeugen. Eine Diskonterhöhung von 5 1/2 auf 7 Proz. hat auch Italien, eine Erhöhung von 9 auf 12 Proz. Griechenland vornehmen müssen.

In Paris ist übrigens das Pfund wieder etwas gestiegen; es wurden 99 1/2 nach 97 Franken für ein englisches Pfund gezahlt.

Gegen den Inflationswahnsinn.

Scharfe Abgabe Brüning's und Luthers an die Inflationsstreiber.

Die gestrige Jubiläumstagung der Deutschen Sparkassenverbände, über die wir an anderer Stelle eingehend berichteten, erhielt durch die Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Brüning, des preussischen Innenministers Severing und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther eine hochpolitische Note. Besonders bedeutungsvoll war in währungspolitischer Hinsicht die scharfe Abgabe des Reichskanzlers und des Reichsbankpräsidenten gegen jede Art von Inflationspolitik und gegen die Inflationsstreiber.

Dr. Brüning erklärte u. a.: Die Regierungen aller Staaten stehen vor schwerwiegenden Entscheidungen, die möglicherweise die Wirtschaftsentwicklung der Welt auf Jahre hinaus festlegen können. Die Währung muß in Deutschland unverändert erhalten bleiben. Bewußt mögen manche Kreise von einer Vermöserung der Währung neue Impulse für das Wirtschaftsleben erwarten. Sie mögen in ihrer Auffassung durch Beobachtungen bekräftigt werden, die sich an die Entwertung des englischen Pfundes anschließen, wobei von vornherein freilich zu beachten ist, daß solche Vorgänge bald als vorübergehend erkannt werden. Ein armes Land muß billig sein. Wenn es gelingt, Ansprüche und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solcher Basis Wirtungen erzielt, wie sie durch eine Verschlechterung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären. In Deutschland liegen aber die Verhältnisse überhaupt anders als im Britischen Reich. Kein Volk, das wie das deutsche das juchzende Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst dem Vertrauen auf den Bestand von Sparvermögen und Rücklagen erneut ein Stoß verfehrt würde. Jegliche Verquickung zwischen öffentlicher Finanzen und Sparkassen bleibt ausgeschlossen. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte auslaufen, daß Sparguthaben beschlagnahmt werden sollen, so sind diese Gerüchte völlig unbegründet.

Auch Reichsbankpräsident Dr. Luther setzte sich sehr scharf mit den vielfachen Inflationsgerüchten auseinander. Die Ereignisse in England, so erklärte Dr. Luther, machen es erforderlich, den Inflationsideen, die zur Zeit in Deutschland umherzuwirren, eine deutliche Abgabe zu erteilen. Das sogenannte Wohlbestehen der Wirtschaft, das man in England jetzt erwartet und

das wir auch im ersten Stadium der Inflation am eigenen Leibe gespürt haben, hat sehr schnell ein Ende, wenn alsbald die Kosten und damit die Preise nachrücken. Dann verschwindet auch die Exportprämie, von der man sich jetzt so viel verspricht. Wir in Deutschland müssen uns darüber ganz klar sein, daß bei uns die Kosten und Preise bei der allerersten Entwertung der Mark sofort nachrücken würden, weil jedermann in Deutschland, durch die Erfahrungen gewöhnt, sofort zur Goldrechnung übergehen würde. Deshalb scheidet für uns der Gedanke aus, es könnte eine dosierte, eine kontrollierte Inflation geben.

Es muß all denen gegenüber, die sich von einem „Inflationchen“ einen Erfolg versprechen, ganz deutlich gesagt werden, daß der Hinweis jener Inflationsstreiber, die Wirtschaft würde von Schulden entlastet werden, einmal nur auf die Reichsmarktschulden zutreffen kann. Was es nicht ein fürchterliches Erlebnis, wie im gleichen Schritt mit dem Verschwinden der Schulden die Sparkapitalien des deutschen Volkes zusammenschrumpfen? Es ist nur dem gefunden Kern des deutschen Volkes zu verdanken, daß nach dem Ende jener entsetzlichen Inflation der Spargedanke wieder in die Höhe gebracht werden konnte. Es muß hinzugefügt werden, daß wir im übrigen an das Ausland überwiegend nicht in Reichsmark, sondern in Gold, Dollar oder anderen goldbeständigen Währungen verschuldet sind. Mit einer Entwertung der Reichsmark würde also nicht, wie die Parteigänger der Inflationsideen behaupten, eine Schuldenerlastung eintreten, sondern mit jeder Schwächung des Marktkurses würden die Milliarden Auslandsschulden einen härteren Druck auf die deutschen Schuldner ausüben und diese von einem gewissen Punkt an rettungslos bankrott machen.

Wenn das Festhalten an der Goldwährung uns zunächst neue Schwierigkeiten bereitet, so ist das doch nur scheinbar und vorübergehend. In Wirklichkeit bewahrt uns das Festhalten an der Goldwährung vor unübersehbaren Schwierigkeiten, die uns von einem Hineingleiten in eine Inflation erwachsen würden. Schließlich wird und muß das Festhalten am Goldstandard auch Deutschlands Kredit stärken. Dr. Luther schloß seine eindrucksvolle Rede mit den Worten:

Für unser täglich Brot ist feste Währung die notwendigste Voraussetzung. Daher: Feste Mark — solide Wirtschaft!

(Weiterer Bericht siehe 2. Beilage.)

Chemnitz fest zur Partei.

Dettinghaus über Sonderorganisationen / Ausschüsse in Dresden.

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge der Sozialdemokratischen Partei hat zu den Vorgängen innerhalb der Partei Stellung genommen und eine Resolution gefaßt, in der gesagt wird, daß „die Einheit der Partei gewahrt und jede Spaltungsabsicht unachsiglich bekämpft werden muß“. Vom Parteivorstand wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert, vor der sich die der Spaltungsarbeit angeklagten Abgeordneten verteidigen können. Wörtlich heißt es dann zum Schluß der Resolution:

„Der Bezirksvorstand fordert die Genossinnen und Genossen auf, die prächtige politische Geschlossenheit unseres Bezirkes, die sich während der Kampfe in der gesamten Partei weiter aufrechterhalten, wachsam zu sein gegenüber allen Spaltungsbestrebungen und nicht zuzulassen, daß das, was mit unglücklicher Mühe der Funktionäre seit Jahrzehnten aufgebaut worden, in einer Stunde der Verwirrung zerfallen wird zur Freude des Gegners.“

Inzwischen haben wiederum zahlreiche Bezirksvorstände zu dem Beschluß des Parteiaussschusses Stellung genommen und ihn vorbehaltlos gebilligt.

Der zur SPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete Dettinghaus hat sich der kommunistischen Anhängerschaft mit einem Aufruf vorgestellt, der einleitend folgenden bemerkenswerten Satz enthält:

„Meine Freunde aus dem Lager der oppositionellen SPD-Führer wollten gemeinsam mit mir als Antwort auf den Beschluß des Parteiaussschusses eine Organisation innerhalb der Sozialdemokratie schaffen.“

Das Vorhandensein sonderbündlerischer Bestrebungen innerhalb der Partei wird nach diesem Zeugnis noch schwerer zu bestreiten sein als bisher.

Der Bezirksvorstand der SPD. von Ostachsen hat die Mitglieder Dr. Walter Fabian, Helmuth Wagner und Blazek aus der Partei ausgeschlossen. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es, daß alle drei eine Tätigkeit entfaltet haben, die den Zweck haben sollte, durch die Bildung von Sonderorganisationen die Organisation der Partei zu untergraben und die Partei zu spalten.

Fabian ist Herausgeber der Zeitschrift „Sozialistische Information“, deren Tendenz darauf gerichtet ist, in der Partei Zerlegungsarbeit zu leisten.

Der Parteitag der Staatspartei.

Eine Entschließung gegen die Diktatur angenommen.

Auf dem Parteitag der Staatspartei hielt Reichsfinanzminister Dr. Dietrich ein Referat, in dem er sich entschieden gegen alle inflationistischen Gedankengänge aussprach. Am Schluß der eingehenden politischen Aussprache fanden die Wahlen statt, und zwar wurde der Vorsitzende der staatsparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. August Weber, durch Julius zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Staatspartei gewählt. Die Wahl des Führers, Reichsfinanzministers Dietrich, stand nicht zur Debatte. Es wurde alsdann noch vorgeschlagen, als weitere stellvertretende Vorsitzende Reichs- und Staatskommissar J. D. Rönneburg und Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders, zu wählen. Auch diese Vorschläge fanden einstimmige Annahme.

Der Parteitag nahm ferner eine Entschließung an, in der die Mitgliedschaft in der Friedensgesellschaft für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Staatspartei erklärt wurde. Er faßte ferner die folgende Entschließung gegen die Diktatur:

„Demokratie ist nicht nur eine staatsliche Form, sondern eine neue, auf dem Gedanken staatsbürgerlicher Gleichberechtigung aller Staatsbürger gegründete gesellschaftliche Ordnung. Nicht gelegentliche Akte allein, sondern eine neue politische Gestaltung in den

Beziehungen der Volksgenossen, die Standesrechte und Klassenvorurteile überwindet, macht die deutsche Republik erst zum wahren Volksstaat. Die führenden Persönlichkeiten der öffentlichen Verwaltung wie der Wirtschaft müssen hier beispielgebend sein, indem sie in ihrem persönlichen Leben alle an den Feudalstaat erinnernden Formen vermeiden und ein volkstümliches und soziales Führertum vorleben. Die Deutsche Staatspartei lehnt den Gedanken der Diktatur oder einer anderen despotischen Führung der Staatsgeschäfte auf das entschiedenste ab. Es muß von den Parteien verlangt werden, daß sie sich nicht weiter um die Verantwortung herumdrücken, die ihnen als Träger des politischen Willens der Nation obliegt. Das deutsche Volk muß zeigen, daß es die nach Lage der Sache erforderlichen Opfer freiwillig zu bringen versteht und sich nicht weiter diese Opfer zwangsweise auferlegen läßt. Nur auf dem Boden des demokratischen Volksstaates wird der Weg zu einer besseren, großen, deutschen Republik gefunden werden.“

Mit einem Hoch auf die Republik wurde der Parteitag geschlossen.

Justiz in Halle.

Duesterberg schimpft straffrei. — Abwehr wird bestraft.

Halle, 28. September. (Eigenbericht.)

Vor dem Amtsgericht Halle erzielte der durch seine Schimpfereien auf Republikaner bekannte zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Duesterberg, am Montag gleich zwei Erfolge über die von ihm so gehähten Margiften. Der Regierungspräsident von Merseburg, von Harnack, wurde im Privatklagenverfahren zu 100 Mark, der Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, Frenzel, zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Duesterberg ist der Mann, der an der Verhöhnung und Verächtlichmachung des politischen Kampfes in Mitteldeutschland und darüber hinaus führenden Anteil hat. Von diesen verwerflichen Methoden hat er in der Propaganda für das sogenannte Volksgesetz besonders reichen Gebrauch gemacht. Er eröffnete seine Kampagne seinerzeit mit einer Rede in Eisenberg, die nach dem Bericht eines nationalistischen Organs die schwersten Beschimpfungen des damaligen preussischen Innenministers Grzesinski und des damals noch lebenden Vaters des Regierungspräsidenten sowie des Regierungspräsidenten Harnack selbst enthielt. Mit Bezug auf den damaligen Innenminister Grzesinski sagte Duesterberg, er habe sich durch den Erlaß des Stahlhelmsbros im Rheinland den Orden der Ehrenlegion verdient, den er sich an seinen Frack heften müsse, damit man ihn bei seinen Festgelagen besser vor Kellner unterscheiden könne. Vor Gericht hatte Duesterberg die Frechheit, diesen Ausspruch als harmlos hinzustellen, denn es handele sich bei einem Kellner doch um einen durchaus ehrlichen, gelehrten Beruf, während man heutzutage Minister ohne alle Vorbildung werden könne. Weil die Chemnitzer „Volksstimme“ in ihrem Bericht über diese Verhandlung die Ueberschrift „Ein Stahlhelmlump“ und im Kommentar ein ähnliches Wort gebraucht hatte, wurde der Redakteur zu 150 Mark verurteilt, dieselbe Summe, die Duesterberg als Strafe wegen seiner ungläublich schabigen und gemeinen Anwürfe gegen den preussischen Minister zudiktirt wurde.

Regierungspräsident von Harnack hatte in einer am 16. Januar 1931 in Halle abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung die Angriffe auf seinen Vater und seine Person kurz abgetan und darauf hingewiesen, daß Duesterberg wenige Tage zuvor in Landsberg endlich einmal energisch auf die Finger geklopft worden sei. Er fügte hinzu, es scheine, daß dieser Stahlhelmselbweibel allmählich seinen eigenen Deuten auf die Nerven falls mit seinen schabigen Kasernenschwänzen und seinem raubheuligen Kasernenhofen. Wenn ein Duesterberg den Minister Severing anzupöbeln wage, so käme ihm das vor wie wenn sich ein Pinscher neben den Roten Blau stelle. Dafür soll der sozialdemokratische Regierungspräsident von Harnack 100 Mark Strafe zahlen, während Duesterberg für die Beleidigung Harnacks straffrei ausgegangen ist.

Berlin zieht um.

Rückwanderung in die Provinz. — Flucht aus dem Steinmeer.

Zum 1. Oktober verändert ein außerordentlich hoher Prozentsatz von Mietern den Wohnsitz. Die starke Bewegung in der Wohnungswirtschaft ist eine typische Erscheinung für die Wirtschaftsnote der Berliner Bevölkerung.

Das Berliner Straßensbild wird seit einigen Tagen von Möbelwagen und vorgepackten Treckern beherrscht. Die Spediteure haben Konjunktur. Die Anforderungen an die Ziehleute sind derart, daß die Expeditionsfirmen keine Aufträge mehr zum Quartalsbeginn annehmen können. Der Rekord an Umzügen kann nicht einmal zu den bisher vorgeschriebenen Terminen ausgeführt werden. Der Polizeipräsident sah sich deshalb veranlaßt, die Karenzzeit auf drei Tage zu verlängern, wie wir bereits berichteten. Kleinere Wohnungen sind bis zum 1. Oktober, 13 Uhr, mittlere, mit mehr als 2 bis 4 Wohnzimmern, am 2. Oktober, bis 13 Uhr, und alle übrigen Wohnungen am 3. Oktober, bis 13 Uhr, zu räumen.

Schon der 1. April brachte den Hausbesitzern eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Kündigungen, der 1. Oktober aber hat alle Erwartungen übertroffen. Die Berliner, von denen man sagte, daß sie vor 1914 die unruhigsten Bewohner Deutschlands waren, haben in den langen Jahren des Krieges, der Inflation und der Rationalisierung lernen müssen, in ihren Wohnungen auszuhalten. Zwar ist die Bewegung in den Altmwohnungen bis 600 M. Friedensmiete, die ja noch der Zwangswirtschaft unterliegen, gering. Aber auch da machen sich Zeichen einer beginnenden Erschütterung geltend.

Die radikalste Umwälzung vollzieht sich bei den Groß- und Großfamilienwohnungen.

8-, 10-, 12-, 14- und 16-Zimmer-Wohnungen stehen seit langem im Tiergartenviertel, in Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg leer. Sie sind unermietbar, wenn sich die Hausbesitzer nicht dazu entschließen können, die Wohnungen zu teilen. Selbst aus den 6-Zimmer-Wohnungen hat die Flucht eingeleitet. Nicht immer sind es wirtschaftliche Gründe, die das bewirken. Die Wohnkultur ist eine andere geworden. Man zieht eine Villa mit 4 Zimmern den repräsentativen Wohnungen in den Mietskasernen des Westens vor, hat dabei Garage und einen schönen Garten zur Verfügung. Die gesellschaftlichen Verpflichtungen, denen das Bürgertum in seinen Großwohnungen nachkam, sind in andere Bahnen gelenkt worden. Festlichkeiten werden in Hotels abgehalten. Bei Einladungen im eigenen Heim wird nur Tee gereicht. Wohnungen mit Zentralheizungen sind stark gefragt. Obwohl die Heizkosten dabei durchschnittlich das Doppelte der Ofenheizungen ausmachen, zieht man die materielle Mehrbelastung vor und erpart in vielen Fällen die Hausangestellten. Die fortschreitende Technik vermindert immer mehr die Differenz zwischen Zentral- und Ofenheizung. In zahlreichen Wohnungen bezahlt der Zentralheizungsbesitzer nur die Wärme, die von den Wärmemessern registriert wird.

6- und 7-Zimmer-Wohnungen im Hansaviertel ohne Zentralheizung mit einer Monatsmiete von 250 bis 260 Mark finden keine Reflektanten.

Branntweinwitten, die ihre Wohnungen bisher beibehalten konnten, sehr oft aber die Hälfte der Zimmer in Untermiete gaben und dafür frei wohnen, sind jetzt gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben. Möblierte Zimmer gibt es wie Sand am Meer. In den besten Gegenden des Westens hängt ein „Möbliertes Zimmer“ Schild neben dem anderen. Der Traum mancher Wohnungsinhaber, ihren ganzen Lebensunterhalt an ihren Untermietern zu verdienen, ist aus. Die Zahl der von Berlin nach der Provinz Ziehenden ist erheblich. Bei guten Bekannten oder Verwandten sucht man vor der Wirtschaftskrise Unterschlupf. Nicht unterschätzt darf die Anzahl der jungen Ehepaare werden, die ihre Heime auflösen, um mit ihren Eltern zusammen zu wohnen, oder umgekehrt. Diese Fälle sind

ganz besonders oft in den Arbeiterquartieren zu beobachten. Nicht selten sogar ist festzustellen, daß man die Wohnungen aufgibt, die Möbel unterstellt und wieder in Untermiete zieht.

Die Wirtschaftskrise mit ihrem Zwang zur Wohnungseinschränkung hat weitverbreitete Hausbesitzer dazu veranlaßt, ihre Mieter um Rücknahme der Kündigungen zu bitten.

Die Mietten sind in solchen Fällen stark reduziert und kurze Kündigungsfristen von einem Monat bis zu einem Vierteljahr festgesetzt worden. Eine interessante Erscheinung ist, daß kleine Kaufleute, die eine von ihrem Laden getrennte Wohnung besitzen, diese aufgeben, um in die mit den Läden zusammenhängenden Hinterstübchen zu ziehen. Verhältnismäßig gering ist die Bewegung in Altmwohnungen des Nordens, Ostens und Süd-

ostens. Der hier schon gedrückte Lebensstandard ist kaum noch weiter herunterzuschrauben. Die Zinshäuser in diesen Gegenden sind trotzdem heute noch die besten Einnahmequellen der Hausbesitzer. Hier kann noch mit 25 Proz. Rente gerechnet werden. Der stabilste Wohnungsstand ist in der City. Der mitten im Getöse des Verkehrs seine Wohnung aufschlagen muß, ist meist geschäftlich oder beruflich dazu gezwungen.

Die Ladenmieten haben unter der Hand schon eine beträchtliche Senkung erfahren.

Im allgemeinen gilt der Grundsatz, bei Vermietungen lieber einen schlechten, als einen bankrotten Mieter zu haben. Läden, in denen Firmen bankrottieren, sind kaum weiter zu vermieten.

Die Wohnungsnot ist über Nacht einem Wohnungsüberfluß gewichen. Von Neubauten stehen 1 Prozent der Wohnungen leer, die sofort greifbaren Altmwohnungen übersteigen das Vielfache davon. Der Zug an die Peripherie der Stadt, der Zug in die Kleinwohnungen, der Wegzug in die Provinz und das Zusammenziehen von Verwandten kennzeichnet die Reformwanderung am 1. Oktober.

Nacht der Brände.

Eckdachstuhl in Flammen. — Vermutlich Brandstiftung.

Durch ein Großfeuer wurde gestern Abend der Dachstuhl des Wohnhauses Ratiborstr. 1 und Wiener Straße gegenüber dem Sörliger Bahnhof völlig zerstört. Ein großes Feuerwehrausgebot war unter Leitung des Oberbranddirektors Gempff fundenlang mit der Eindämmung des Brandes beschäftigt.

Kurz nach 19 Uhr züngelten aus den Brandstellen des Dachstuhls an mehreren Stellen zur gleichen Zeit hohe Flammen empor. Als auf den Alarm die Zugwache Reichberger Straße der Feuerwehr schon nach wenigen Minuten an der Brandstelle erschien, mußte sofort Großfeueralarm an die Hauptfeuerwache weitergegeben werden, da der Dachstuhl bereits in seiner ganzen Ausdehnung lichterloh brannte. Die Umgebung des Brandortes war zeitweise in einen undurchdringlichen Rauch gehüllt. Die vordringenden Löschtrupps hatten trotz der Rauchmasken und Sauerstoffgeräte sehr unter den ständigen Qualmstoffen zu leiden. In kurzer Zeit waren sechs Löschzüge zur Stelle, die mit 8 Schlauchleitungen in die Bekämpfung des Großfeuers eingriffen. Erst nach mehrstündigem Wassergeben konnte das Feuer eingekreist und gelöscht werden. Das Abbläsungs- und Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späte Nacht hin. Durch herabdringende Wasserstrahlen sind in den Räumen der oberen Stockwerke schwere Verwüstungen angerichtet worden.

Das Feuer hatte in der belebten Gegend eine riesige Menschenmenge angezogen, so daß ein größeres Schuttpausgebot eingeleitet werden mußte, um den gefährdeten Straßenabschnitt abzusperrten. Da der Brand an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit ausgebrochen ist, wird bisher Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist sehr hoch.

Ein zweiter großer Alarm.

Schadenfeuer auf dem Lehrter Güterbahnhof.

Während die Wehren noch in der Ratiborstraße mit der Bekämpfung des Dachstuhlbrandes beschäftigt waren, lief bei der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße ein zweiter Großfeueralarm vom Hamburg-Lehrter Güterbahnhof ein.

Inmitten der Lagerhallen befindet sich in der Heidestraße 21 ein Leer- und Dachpappenlager der Firma Wischer und Hoffmann. Um 21.30 Uhr bemerkten Bahnbeamte in der langgestreckten Halle starken Feuererschein. Die Feuerwehr rückte auf dritten Alarm zunächst mit drei Löschzügen an, mußte jedoch sofort vier wei-

tere Züge nachalarmieren, da die Flammen mit rasender Schnelligkeit um sich griffen und die angrenzenden Gebäude in größte Gefahr gerieten. Mit zehn Schlauchleitungen stärkster Kaliber wurde gegen das Flammenmeer vorgegangen. Auch hier leitete Oberbranddirektor Gempff wieder den Löschangriff. Die leicht brennbaren Materialien boten dem Feuer reiche Nahrung, und es bedurfte großer Anstrengungen, ein Weitergreifen des Riesenfeuers zu verhindern. Die ungewöhnlich starke Qualmentwicklung machte die Zuhilfenahme von zahlreichen Rauchsug- und Sauerstoffgeräten notwendig.

Die Entstehungsurache des verheerenden Brandes konnte bisher noch nicht geklärt werden. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Großfeuer auch in Weissensee.

Brandstifter am Werk?

In der Falkenhagener Straße 11 in Weissensee wurde in der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr von Passanten ein Feuer entdeckt, das nach Eintreffen der Feuerwehr einen so großen Umfang angenommen hatte, daß großer Feueralarm gegeben werden mußte und sieben Löschzüge zur Stelle waren.

Im Lagerstuppen des Zimmerer- und Baugeschäfts Paul Christ brannte der bis oben mit Holzbohlen gefüllte Schuppen in einer Ausdehnung von 250 Quadratmetern. Durch den Brand des Holzes entstand ein sehr gefährliches Flugfeuer, so daß in Kürze auch die anliegenden Gebäude mit einem Feuerregen überschüttet wurden und die Dachkonstruktionen des Hauses Falkenhagener Str. 13 und Hohenhöndelhäuser Str. 84/85 in Flammen ausgingen. Außerdem war das Feuer auf ein angrenzendes zweigeschossiges Giebelgebäude übergesprungen, das in kurzer Zeit so verqualmt war, daß die Bewohner dieses Hauses von Polizeibeamten und Zivilpersonen über eine Anstaltleiter in Sicherheit gebracht werden mußten. Während der Holzschuppen völlig ausbrannte und der Dachstuhl des Giebelgebäudes vernichtet wurde, gelang es der Feuerwehr, die unter der Leitung von Oberbrandrat Müller zwei B- und fünf C-Rohre einsetzte, die anderen Gebäude zum größten Teil zu retten. Die Bekämpfung des Feuers gestaltete sich besonders schwierig, da durch das brennende Holz eine ungeheure

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Lili preßt Lippe und Kiefer fester an sich und umfaßt Wilma mit dem freien Arm. Die Bewegung ist merkwürdig steif und befangen. Lili besitzt nicht die schauspielerischen Talente der Schwester. Programmäßige Liebeslungen gelingen ihr immer daneben. Aber ich muß sie heute umarmen, denkt Lili und ist erleichtert, als Wilma ihr mit dem Finger auf die Nase tippt und fragt:

„Was ist los?“
Lili ist Herr der Situation. Ein Triumphgefühl erfüllt sie. Große, kluge Schwester, du weißt nicht, was los ist. „Gar nichts“, sagt sie und tut erstaunt über diese Frage. „Was soll denn los sein...?“

Wilma zuckt die Achseln.
„Aber warm ist es mit einemmal geworden...!“ Lili zieht tief die Luft ein. Ich müßte doch etwas sagen, etwas, woran sie sich nachher erinnern kann. Man geht nicht so mit polnischem Abschied davon.

„Also denn auf Wiedersehen, Lili!“
„Auf Wiedersehen!“ entfährt es Lili. Sie lacht, während ihr die Tränen in die Augen steigen.

„Na, Wilma, willst wirklich schon gehen?“ Frau Rosolf hält Wilmas Hand in der ihren. Viel zu lange für Wilmas Empfinden. Als dazu Lili ihr noch einen verunglückten Kuß gibt, der auf der gepuderten Wange landet anstatt, wie er sollte, auf dem Mund, sagt sie ärgerlich:

„Du hast wohl 'n Klaps?“
Lili antwortet nicht. Sie sieht der Schwester nach, bis sie um die Ecke zur Straßenbahnhaltestelle gegangen ist. „Liebe Wilma“, sagt sie noch einmal für sich allein.

Dann steigt sie die Treppe zur Wohnung empor. „Tag, Vater!“ Sie verschwindet in ihrem Zimmer.

Julius Rosolf grunzt in seinen blonden Schnurrbart. Er liegt dösend auf dem Sofa. Nach den alkoholischen Anstrengungen des Tages ist es schwer, klare Gedanken zu fassen. Eins steht fest: ausgeschlafen ist er, jetzt hat er Hunger. „Muttel!“ ruft er dröhnend. „Muttel, komm mal fix her!“

„Ja, Julchen, was willst du denn?“ Frau Rosolf hantiert im Schlafzimmer, zu dem die Tür offen steht.

„Hab ich nicht gesagt, du sollst herkommen?“ Julius Rosolf ist immer noch ganz und gar ausgenüchert. Frau Rosolf berücksichtigt diesen Zustand.

„Aber Mann...“ redet sie ihm freundlich zu.

„Hab ich das nicht gesagt? Ja oder nein?“

„Ja, doch! Du sag schon, was du willst.“ Frau Rosolf zieht ihrem Mann ungeduldig das Kissen unter dem Kopf zurecht.

„Na, also...!“ Julius Rosolf atmet tief und ruhig. Er ist im Begriff, wieder sanft einzuschlafen.

Frau Rosolf legt ihm fürsorglich eine wolkene Decke über die Füße. Sie geht auf Zehen in die Küche. Das Abendbrot muß hergerichtet werden. Da ist noch ein Stückchen kaltes Fleisch vom Mittag. Das wird Julius gut tun. Er muß etwas Handfestes in den Magen bekommen. Die Vorräte werden auf ein großes Tablett gestellt: Wurst, Käse, fetter Speck, den Julius Rosolf in Verbindung mit Paprika gern isst. Frau Rosolf legt ihren Ehrgeiz darin, alles auf einem Tablett unterzubringen. Selbst die diebstahlsüchtige Teekanne findet darauf noch Platz. Eine vielbeschäftigte Hausfrau erspart sich gern doppelte Gänge. Julius kann dieses Brötchen von gestern ruhig aufessen. Es ist noch ziemlich weich. Ich mache es ihm schon zurecht. Julius muß immer alles zurecht gemacht bekommen. Er wüßte sonst mit der Butter und belegt sich sein Brot in geradezu verschwenderischer Weise. Aus purem Uebermut, darüber ist sich Frau Rosolf klar. Sie trägt das schwere Tablett ins Zimmer und deckt den Tisch.

„Lili!“ ruft sie mit gedämpfter Stimme. „Komm, mein Kind, und sei schön leise, Vater schläft noch.“

„Wer sagt das?“ Julius Rosolf fährt auf. „Ich schlafe?“

„Herrgott, hab ich mich erschrocken!“ Frau Rosolf beginnt böse zu werden. „Lass jetzt deine Poffen und komm essen!“

Julius Rosolf horcht auf. Er ist musikalisch und sogar in einem Gesangsverein. Dieser Ton kündigt an, daß es besser ist, klein beizugeben. Außerdem hat er heute ein schlechtes Gewissen. Die Grenze, wo der Geschäftseifer aufhört und das Vergnügen anfängt, wurde erheblich überschritten. Er steht vom Sofa auf und redt sich. Dazu stöhnt er einige Male behaglich. Vor dem großen Stehspiegel zwirbelt er die Spitzen des blonden Schnurrbartes nach oben. Er bindet sich den steifen Kragen mit demscharf umgebogenen Ecken und den eisernen Schlips um, denn er will nach dem Abendessen noch, zu dem Sangesbruder Grabowski gehen, der an der Ecke einen

gut gehenden Destillationsbetrieb führt. Seine Frau kann, nein sie soll sogar nachkommen. Er wird es verlangen. Julius Rosolf prüft noch einmal sein Aussehen. Dazu singt er mit allmählich anschwellender Stimme sein Lieblingslied, das aus jener Zeit stammt, in der er sich zusammen mit vielen anderen vornahm: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen...“

Bei dem Refrain „Annemarie“ schwingt sich der Tenor in die höchsten Höhen. Dieses Lied rührt Julius Rosolf. Außerdem erinnert es ihn merkwürdigerweise jedesmal an eine Hamsterfahrt nach Lebensmitteln auf die umliegenden Dörfer während des Krieges, bei der er in einen Torbruch fiel.

„Damals gab es noch Männer“, sagt er unmotiviert. Sonst will er keineswegs altmodisch sein und in fortschrittlichen Stunden legt er sich sogar für die Gleichheit aller Menschen ein. Doch bewahrt er den Größen seiner Jugend ein dankbares Herz, und bei der Fürstenabfindung war er unbedingt dafür, daß man jedem der Herrschaften ein kleines Schloß lassen müsse.

Frau Rosolf hat inzwischen einen Teller mit belegtem Brot und dem dazwischen geschmuggelten Brötchen von gestern auf ihres Mannes Platz gestellt.

Lili kommt herein und legt sich wortlos an den Tisch.

Frau Rosolf macht sich daran, auch für die Tochter etwas zuzubereiten. Es ist üblich, daß sie zuerst alle Familienmitglieder versorgt.

Wann kommt sie selbst zum Essen...? Lili verfolgt die Bewegungen ihrer Mutter. Man müßte das viel mehr schätzen. Geschätzt haben!

„Du hast mir ein Glas zerbrochen, gerade eins von den guten. Ich hab's in der Küche gesehen, trotzdem du die Scherben im Müllimer versteckt hattest!“ wendet sich Frau Rosolf an ihren Mann.

Julius Rosolf hat nur Interesse für seinen Teller. „Ich war so nervös...“ laut er.

„Ach was, nervös! Besoffen warst du. Du müßt die Dinge beim richtigen Namen nennen. Ich will sehen, daß ich es küssen kann“, ereifert sich Frau Rosolf. Sie weiß, daß sie Oberwasser hat. Eine nette, kleine, häusliche Plänkelei beginnt, bei der Julius Rosolf den kürzeren zieht, ziehen muß, wie die Situation augenblicklich liegt.

Kinder, will Lili dazwischen rufen, seid doch nett miteinander! Sonst machen ihr die elterlichen Wortgefechte großes Vergnügen, und sie selbst beteiligt sich lebhaft daran. Heute kommt sie sich alt und müde vor. Was geht mich das alles noch an?
(Fortsetzung folgt.)

stige entwickelt wurde. Im zweiten Wohngebäude in der Höhen-
schönhauser Straße mußte teilweise die Dachkonstruktion von der
Wehr aufgeschlagen werden, da sich das Feuer in die Zwischendecke
hineingekesselt hatte. Nach anderthalb Stunden war das Feuer
so weit eingekreist, daß eine weitere Gefahr für die umliegenden
Gebäude nicht mehr bestand. Die Aufräumungsarbeiten dehnten sich
bis in die frühen Vormittagsstunden aus, da sich noch an verschiede-
nen Stellen Brandnester zeigten, die eine erneute Gefahr für die
geretteten Gebäude gaben. Der Sachschaden ist erheblich, nur
zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache konnte
noch nicht ermittelt werden, und man nimmt an, daß hier Brand-
stifter am Werke waren.

Sklarek-Prozess am 13. Oktober

Prozessende vermutlich am Jahresende.

Am 13. Oktober wird nunmehr endgültig vor einer Sonder-
abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vor-
sitz von Amtsgerichtsrat Dr. Rehner der Sklarek-Prozess beginnen.
Die Staatsanwaltschaft wird in dem Prozeß durch den Oberstaats-
anwalt Freyher von Steinacker, Staatsanwaltschaftsrat Dr.
Weichenberg und Assessor Jaeger vertreten sein.

Die Anklage lautet gegen die Brüder Max, Leo und Wladi-
sklarek, die beschuldigt werden, die Stadt Berlin durch betrüge-
rische Machinationen um etwa 10 Millionen Mark betrogen zu
haben.

auf gemeinschaftlichen fortgesetzten Betrug, teilweise in Täuschung
mit schwerer Urkundenfälschung; Betrug zum Schaden der Dresdner
Bank, der Ostbank, eines Teiles ihrer Lieferanten, der Berliner An-
schaffungs-Gesellschaft, die um 200 000 Mark geschädigt ist, und der
Stadt Berlin; ferner fortgesetztes Konkursvergehen, übermäßigen
Aufwand, Bilanzverschleierung, gemeinschaftliche fortgesetzte aktive
Bestechung in neun Fällen und auf gemeinschaftliche schwere aktive
Bestechung in drei weiteren Fällen. Die Sklarek-Buchhalter Fried-
rich Lehmann und Siegfried Luch werden sich wegen fortgesetzter
Beihilfe zum Betrage in vier Fällen, Lehmann außerdem wegen
fortgesetzter Beihilfe zum Betrage und der schweren Urkundenfälschung
zum Schaden der Stadtbank zu verantworten haben.

Am gestrigen Montag fand eine Besprechung des Gerichtsvor-
sitzenden mit den Verteidigern und den Sitzungsvertretern der Staats-
anwaltschaft statt. Amtsgerichtsrat Dr. Rehner legte den Verhand-
lungsplan vor. Alle Vorgänge sollen nur einmal, dann aber auch
erschöpfend erörtert werden, damit trotz der Kompliziertheit der
Materie die Uebersicht über den Prozeßstoff nicht verloren geht. Das
Gericht wird bestrebt sein, die Verhandlung auch dann mit aller
Energie durchzuführen, wenn einzelne Angeklagte verhandlungs-
unfähig werden sollten. In der ersten Zeit wird an vier Wochen-
tagen verhandelt werden. Mittwoch und Sonnabend
sollen verhandlungsfrei bleiben. Die Sitzungen werden in
der Regel um 9 Uhr vormittags beginnen und um 3 Uhr nachmittags
geschlossen werden. Der Vorsitzende hofft, den Sklarek-Prozess bis
zur Jahreswende zu Ende zu führen.

Gemeindevertreter beim Reichsfanzler.

Die katastrophale Finanzlage der Landgemeinden.

Der Reichsfanzler empfing im Beisein des Reichs-
arbeitsministers den Präsidenten des Deutschen Landge-
meindebundes, Dr. Gerete, des Deutschen Landkreistages, Dr.
v. Stempel und den Vizepräsidenten des Reichsstädtebundes,
Dr. Boigt, zu einer Besprechung über die Maßnahmen zugunsten
der kreisangehörigen Städte, Landgemeinden und Landkreise.

Es wurde übereinstimmend betont, daß die bisher verordneten
Sparmaßnahmen infolge der zahlreichen zwangsläufigen Kommunal-
aufgaben bei den Gemeinden und Landkreisen nicht die gleiche Aus-
wirkung haben könnten, wie bei den Großstädten. Der bei der
ländlichen Selbstverwaltung bereits in den vergangenen Jahren
außerordentlich eingegengte finanzielle Betätigungsraum könne eine
weitere Schrumpfung nicht mehr vertragen, weil schon jetzt durch
die Wohlfahrtserwerbslosenkassen jede andere kommunale Betä-
tigungsmöglichkeit aufgehört habe. Sowohl in Landkreisen wie in
den kreisangehörigen Gemeinden gäbe es wesentliches nicht mehr
zu sparen. Eingehend wurde dem Reichsfanzler die durch die Wohlfahrtserwerbslosigkeit verursachte finanzielle Kollage dargelegt
und die Bitte ausgesprochen, durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln
zahlreiche Gemeinden und Gemeindeverbände vor dem zweifellos
kurz bevorstehenden finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.
Der Reichsfanzler sagte eine eingehende Prüfung der vorgetragenen
Gesichtspunkte zu und erklärte weiterhin die Bereitwilligkeit
des Reiches, nach Möglichkeit finanzielle Hilfe zu gewähren.

Mister Smith schafft den Tod ab.

Noch die Finanzierungssumme blieb vergänglich.

Mister Smith kam direkt aus Amerika, wo bekanntlich noch
immer viel Geld vorhanden ist, nach Deutschland, wo dies bekann-
tlich leider nicht mehr der Fall ist, um hier sein noch nicht da-
gewesenes medizinisches Mittel gegen den Tod zu
kapitalisieren und zu verwerden. Und da er überdies ein gut-
gewachsener, eleganter Mann war, so fiel es ihm nicht schwer, die
Bekanntheit einer nicht unermögenden jungen Witwe zu machen,
der er seine Pläne auseinandersetzte.

Sie war begeistert, sowohl von Mister Smith wie auch von
seiner Erfindung, die ihnen beiden das ewige Leben garantierte,
und stellte infolgedessen alles, was sie besaß, im ganzen etwa
30 000 Mark, zur unbeschränkten Verfügung. Da
aber diese Summe, gemessen an der Größe der Erfindung, recht
gering war, so ließ sich die begeisterte Witwe bewegen, auch noch
zahlreiche Wechsel zu unterschreiben, damit das „Wundermittel“
recht bald den Siegeszug durch die ganze Welt antreten konnte.
Aber eines Tages erhielt sie den Besuch eines Bekannten, dem sie
sofort von dem großen Werk erzählte, an dem sie, wenn auch nur
in finanzieller Beziehung mitarbeiten durfte. Und sie war sehr
entsetzt, als der Freund das Gestalt zu einem spöttischen Lächeln
verzog und sich allerlei Zweifel erlaubte, die das große Werk kom-
promittierten. Er tat noch mehr: Ohne ihr seine Absichten zu ver-
raten, stellte er Ermittlungen über den fabelhaften Erfinder an und
erfuhr bereits nach kurzer Zeit, daß Mister Smith seit jeher nur
Schmidt hieß und im übrigen ein ganz gewöhnlicher
Betrüger war, der es glänzend verstand, auf fremde Kosten
ein herrliches Leben in Saus und Braus zu führen.

Der Rest war infolgedessen nicht Schmelzen, sondern eine sehr
bewegte Verhandlung vor dem Schöffengericht in Ham-
burg, wo die junge Witwe erfahren mußte, daß von ihren
Kapitalien nicht einmal ein Pfennig übrig geblieben war. Es
mühte ihr daher wenig, daß der gemeine Schwindler wegen Betruges
zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde; denn außer der
Vergänglichkeit des Lebens hat sie auch noch an die Vergänglichkeit
des Geldes glauben müssen.

Die Geschäfte des Stadtinspektors

Veruntreuungen bei der Neuköllner Großhandelsgesellschaft

Die Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Neu-
köllner Großhandels-Gesellschaft m. b. H., einem
städtischen Unternehmen, das 1925 in Liquidation gehen mußte,
beschäftigten gegenwärtig nochmals als Berufungsinstanz die
Große Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Land-
gerichtsdirektors Dr. Hartmann.

Durch zwei Urteile war der alleinige Geschäftsführer des Unter-
nehmens, der frühere Stadtberinspektor Friedrich Boigs wegen
Untreue in mehreren Fällen zu insgesamt einem Jahr Ge-
fängnis verurteilt worden, während Stadtrat a. D. Max
Groger, der von der Stadt zum Kontrollleur eingesetzt worden
war, zu drei Monaten Gefängnis wegen Betruges und der Proturist
Heinrich ebenfalls wegen Betruges zu 600 M. Geldstrafe ver-
urteilt wurden. Boigs und Groger haben Berufung eingelegt und
durch die Rechtsanwältin Lindner und Dr. Oskar Cohn einen umfang-
reichen Beweis angetreten, daß sie in subjektiver Beziehung ein
Verständnis nicht treffen. Boigs wird zur Last gelegt, daß er u. a.
eigenmächtig, ohne Genehmigung des Aufsichtsrats, sich im Jahre
1924 Eisenbahnaktien im Werte von etwa 10 000 M. als
Lantime habe überschreiben lassen, ferner wird er beschuldigt, für
sich und die Mitangeklagten neben den Spezialspesen auch
monatliche Aufwandsentschädigungen angemessen zu
haben. Der Angeklagte Boigs behauptete nun, daß er mit dem
Bezirksbürgermeister Scholz über die Aktienüberweisungen vorher
gesprochen habe, und daß er dessen Zustimmung habe annehmen
müssen. Hinsichtlich der Aufwandsentschädigung behauptete er, daß
er sehr große Ausgaben im Interesse der Gesellschaft gehabt habe.

Er habe Redakteuren Geld zuweisen müssen und ebenso der Polizei.
Zum Beweise dafür, in welcher Weise er in Anspruch genommen
worden sei, führte der Angeklagte Boigs an, daß Bürgermeister
Scholz 1922 für einen Grundstückskauf vom Magistrat Berlin in
Höhe von 1,6 Millionen Papiermark, die damals 25 000 Goldmark
ausmachten, regreßpflichtig gemacht worden sei. Auf Veranlassung
des Stadtrats Radtke habe die Großhandels-Gesellschaft aus ihren
Mitteln den Betrag gedeckt. Bürgermeister Scholz, der gestern
als Zeuge vernommen wurde, bestritt die Angaben des Angeklag-
ten in fast allen Punkten. Von der Aktienüberweisung habe er
nichts gewußt und daher auch nicht seine Ermächtigung dazu gegeben.
Boigs habe ihm mitgeteilt, daß er einen Vorkauf von 8000 M.
habe und daß ihm vertragsmäßig als Lantime ein Dreimonats-
gehalt zustehe. Diese Lantime belief sich auf 5000 M. und er habe
Boigs erklärt, daß er die restlichen 3000 M. decken müßte. Er sei
niemals für einen Grundstückskauf regreßpflichtig gemacht worden,
noch sei jemals der Versuch unternommen, ihn für einen Grund-
stückskauf persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Zu jener Zeit
habe das Bezirksamt Ueberfläche geholt und man habe, da das
Geld in der Inflation sich schnell entwertete, ein Terrain gekauft,
das zur Anlage des Sportplatzes in der Innstraße benutzt
wurde. Dieser Sportplatz sei noch heute städtischer Besitz und
im Betriebe. Als die Mittel zur Herrichtung des Sportplatzes nicht
ausreichten, habe allerdings die Großhandels-Gesellschaft einige Gelder
zur Verfügung gestellt. Von besonderen Aufwendungen des Boigs
für Presse und Polizei wisse er nichts, soweit er sich erinnere, habe
die Gesellschaft einmal 100 M. für ein Polizeifest beigegeben.
Der Prozeß wird sich noch bis Ende dieser Woche hinziehen.

Achtung, Parteiveteranen!

Alle Genossinnen und Genossen, die vor und während des So-
zialistengesetzes für die Partei tätig waren, werden freundlichst zum
gemütlichen Beisammensein
am Freitag, dem 2. Oktober, 19 Uhr,
im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 24/25, ein-
geladen. — Musik: Berliner Ulk-Trio. I. A.: Wilh. Gründel.

Ohne Zeugengebühren.

Eine Frau weint in Moabit.

Vor einem Moabit Gerichtssaal steht eine Frau mit
einem vierjährigen Kind an der Hand und weint. Der Justizwacht-
meister versucht sie zu beruhigen. Ihre Tränen wollen aber nicht
aufhören; sie hat keinen Pfennig Geld und weiß nicht, wie sie mit
ihrem Kleinen nach Lichtenberg kommen soll. Sie war als
Zeugin geladen, hat den langen Weg nach Moabit zu Fuß gemacht,
weil ihr die 25 Pfennig fehlten, um die Straßenbahn zu benutzen,
und ist zu spät gekommen. Die Angeklagte war geständig, das Ge-
richt hat auf die Zeugen verzichtet. Die jetzt da waren, haben ihre
Auslagen und die verlorene Zeit vergütigt erhalten. Die Frau mit
dem vierjährigen Kinde, erschien aber erst, als die Verhandlung
bereits zu Ende war; sie hat keinen Anspruch auf Zeugen-
gebühren. Nun steht sie auf dem Korridor und weint. Sie hat aber
gehofft, sie würde hier das Fahrgeld erhalten. Wer kann ihr nun
helfen. Es findet sich ein Mensch mit Einflucht und gutem Herzen
und gibt ihr fünfzig Pfennig. Nun kann sie für den Vierjährigen
etwas zum Essen kaufen.

Etwas stimmt aber bei der Sache nicht. Kann man einem
Zeugen zumuten, den weiten Weg zu Fuß zurückzulegen, kann man
ihn zwingen, das Fahrgeld irgendwo zu borgen, wenn er selbst keine
besitzt? Die Zeiten sind anders geworden als früher: es fehlen im
Haushalt selbst die 25 Pfennig, die für eine Straßenbahnfahrt er-
forderlich sind. Vielleicht sollte man dem Rechnung tragen.

Bahnsteigräuber.

Russischer Handelsvertreter bestohlen und schwer verletzt

Bahnsteigräubern fiel der Chefingenieur der russischen Handels-
vertretung Iwan Sementshkow am Sonntagabend auf dem
Bahnhof Reubabelsberg an der Vorortstraße Berlin-Potsdam zum
Opfer.

Er, der auf dem Bahnsteig C auf den Zug nach Berlin wartete,
hatte neben sich zwei lederne Handkoffer zu stehen. Ein Unbekannter
riß die beiden Koffer plötzlich an sich und ergreift damit die Flucht.
Der Bestohlene eilte dem Diebe nach, kam jedoch zu Fall und zog
sich einen komplizierten Unterschenkelbruch zu. In der allgemeinen
Aufregung gelang es dem Täter zu entkommen. Sementshkow
mußte sofort in das Kreiskrankenhaus von Rowawes gebracht
werden.

Die gestohlenen Koffer konnten noch gestern Abend wieder her-
beigeschafft werden. Bahnbeamte entdeckten sie in einem Gebüsch
unweit des Bahnsteigs, wo sie der Täter bei seiner Flucht fort-
geworfen hatte.

Gericht ohne Arzthilfe.

Ein unerfreulicher Vorgang im Neuköllner Amtsgericht.

Ein unerfreulicher Vorfall ereignete sich soeben im Amtsgericht
Neukölln. Eine etwa 24jährige Frau wurde auf einem Korridor
von Nervenzkrämpfen befallen und brach schreiend zu Boden.
Man bemühte sich um sie, mußte dabei aber feststellen, daß in
diesem Gerichtsgebäude alle Einrichtungen für eine Hilfeleistung für
Kranke fehlten. Die Bedauernswerte wurde auf eine Bank gelegt,
und erst nach 1 1/2 Stunden erschien ein von der Rettungstelle
herbeigerufener Arzt, der seinem Unwillen über die mangelnden
Hilfeeinrichtungen im Amtsgericht Neukölln laut Ausdruck gab.
Schließlich mußte ein Richter sein Zimmer zur Verfügung stellen,
damit der Arzt der Kranken Beistand leisten konnte.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 28. September.

Um 11.10 Uhr erschien das Luftschiff „Graf Zeppelin“ im
Dunkel in ziemlicher Höhe — schätzungsweise 1600 Meter — am
westlichen Horizont. Um 11.15 Uhr kam es über dem Flugplatz an.
Nachdem es noch einige Schleifen über dem Bodensee gezogen
hatte, fielen um 11.43 Uhr die Taus. Das Schiff landete glatt um
11.49 Uhr. Es brachte sieben Passagiere und 170 Kilogramm Post
mit.

Kleinfiedler als Edelobstzüchter.

Der Haus- und Gartenbesitzerverein Kaulsdorf und Umgebung
veranstaltete im Schützenhaus Kaulsdorf eine Obst- und
Gartenbauausstellung, die an Umfang und Gediegenheit
weit das übertraf, was man bei Veranstaltungen ähnlicher Art
sonst zu sehen bekommt. Eine richtige durchgearbeitete Ausstellung
von Obstbau- und Gartenerzeugnissen, die durch ihre Darstellung
belehrend und erzieherisch wirken wollte, bot sich dem Auge dar.
Auf langen Tafeln prangte im Schmuck von Blumen das köstlichste
Tafelobst, Hunderte von Sorten, aber jede Sorte ein Edelzeugnis,
oft vielleicht auch durch den emsigen Fleiß des Kleinfiedlers, durch
richtige Behandlung des Bodens, richtige Pflege der Bäume zum
höchsten Ertrag, zum Edelzeugnis gezogen. Daneben war, be-
sonders an dem Stand des Genossen Wischner, eine vortreffliche
Darstellung der Schädlingsbekämpfung mit Literatur und Prä-
paraten, der richtige Baumschnitt und die Veredelungsmethoden zu
sehen. Auch die richtige Verpackung des Obstes, das Konservieren
und seine Verwertung im Haushalt wurde an einer Fülle von
Material gezeigt. Der Segen, der sich an den von Früchten nieder-
gedrückten Zweigen in den Gärten in diesem Jahr kund gibt, fand
bei den ausgestellten Früchten sein lebendiges Widerspiel. Da
waren Birnen und Äpfel, deren Sortenbezeichnung der gewöhnliche
Sterbliche nie gehört hat, die aber nach dem Aussehen zu schließen,
nur auf den Tisch ganz besonders Besorgener kommen, denn im
Handel sind solche erlesene Früchte, von denen manche über ein
Pfund schwer sind, nie zu sehen.

Das Preisrichterkollegium hatte einen schweren Stand, aus der
Fülle der erstklassigen Leistungen das Beste zu erkennen und die
fleißigsten Kleinfiedler durch Preise zu belohnen.

Verbilligte Kohle für Erwerbslose.

Essen, 28. September.

Die Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen
Kohlenyndikates beschloß sich am Montag mit der
Frage der Kohlenwinterhilfe und faßte folgenden Beschluß: Der im
Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat zusammengeschlossene Ruhr-
bergbau erklärt sich bereit, im bevorstehenden Winter aus seinen
Herdenbeständen verbilligte Kohle für bedürftige Erwerbslose ab-
zugeben. Diese Erwerbslosenkohlen kommen nicht in Anrechnung
auf die Verkaufsbeteiligung, sind aber unlagerechtig. Alles
weitere wegen der Durchführung dieses Beschlusses bestimmt ein
sachgeleiteter Ausschuß im Einvernehmen mit dem
Syndikatsvorstand.

Die Hauptsache haben allerdings die Herren vom Kohlenyndikat
nicht gesagt, nämlich wie hoch der Preis für diese verbilligte Kohle
sein wird.

Eröffnung der Reichsweissenmesse.

Die von den vier großen Seisenhandelsverbänden veranstaltete
Reichsweissenmesse Herbst 1931 wurde in den Geläumräumen der
Neuen Welt in der Hafenstraße feierlich eröffnet. Das Mitglied
der Messeleitung Friedrich Seeger begrüßte die zahlreichen Ver-
treter der Behörden. Siegfried Wauermaier wies in seiner Festrede
auf die wirtschaftliche Not hin. Man müsse den Mut anerkennen,
daß die Seisenindustrie trotzdem ausstehe. Das Mitglied der Messe-
leitung Paul Sommer wies darauf hin, daß die Messe ein läden-
loses Bild des gegenwärtigen Standes der weitverzweigten Seisen-
branche zeige. Nach der Feier fand ein Rundgang durch die
Messe statt, der die reichhaltige Beschickung mit den vielen Waren
der weitverzweigten Seisenbranche zeigte. Die Messe bleibt heute,
Dienstag, noch von 3 bis 10 Uhr für den Groß- und Kleinhandel
geöffnet.

Radfahrer vom Lastauto totgefahren.

Vor dem Hause Bühlischstraße 25 in Lichtenberg wurde gestern
nachmittag der 39 Jahre alte Arbeiter Heinrich Lehmann aus der
Soldiner Straße 70, der sich mit seinem Fahrrad von der Arbeits-
stelle auf dem Heimweg befand, von einem Lastauto überfahren. Die
Räder des schweren Fahrzeuges gingen so unglücklich über den Unter-
leib des Arbeiters hinweg, daß er auf dem Transport ins Kranken-
haus am Friedrichshain starb.

Genosse Richard Gruber, der Verwaltungsdirektor der all-
gemeinen Ortskrankenkasse für den XI. Verwaltungsbezirk Berlin-
Schöneberg-Friedenau, begeht am 1. Oktober sein 25jähriges Ge-
schäftsjubiläum. Am 1. Oktober 1906, also vor 25 Jahren,
wurde er Geschäftsführer der Ortskrankenkasse in Berlin-Schöneberg.
Von der Pflanz auf in der Sozialversicherung tätig — als vierzehn-
jähriger trat er bei der Ortskrankenkasse der Dienstboten in Waan-
heim in die Lehre — hat Gruber infolge seiner großen Arbeits-
kraft, seiner Fachkenntnis und seines umfangreichen Wissens Ge-
legenheit gehabt, hervorragend im Interesse der Krankenkassen-
bewegung zu wirken. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen,
sowie der Verband der Krankenkassen Berlins zählen ihn zu seinen
Sachberatern in der Verwaltungsschule des Hauptverbandes, sowie
im Prüfungsamt des DKB ist er als Lehrer tätig.

Geschäft mit Würmern.

Im alten südöstlichen Berlin, in der Wassertorstraße, gibt es einen sonderbaren Laden: eine Regenwürmerhandlung! Und es gibt sogar sehr viele Käufer für diesen seltsamen Handelsartikel, von dem man meinen sollte, daß er seines gänzlichen Unwertes wegen völlig umsonst zu haben sei. Die Angler nämlich kaufen ihn, da ja noch der ärmste Wurm von Wert für ihren geruhigen Sport da draußen auf den Teichen, Seen und Flüssen ist.

Und da nun viele der Herren Angler behäbige Leute sind, die sich nur ungern tief zur Erde bücken, allwo man die schönsten Würmer durch Stochern und Graben gratis an das Tageslicht befördern könnte, geht das Geschäft ganz gut, so daß der mit Erde angefüllte, gebendete Margarinetübel hinter dem Ladentisch, der den Würmern eine garantiert naturgetreue Behausung bietet, jetzt im Sommer des öfteren nachgefüllt werden muß. Es gibt in diesem Kübel zwei Sorten von Würmern: Tauwürmer und einfache Angelwürmer. Die ersteren sind fette, dicke Dinger von der Länge eines größeren Zeigefingers. Sie sind die Lockspeise für die großen Edelfische, für Hechte, Aale, Barben und Barsche. Die sehr viel kleineren Angelwürmer sind für das Kleinzeug unter den Fischen bestimmt. Beide Sorten werden aber trotz ihrer unterschiedlichen Größe für den gleichen Preis verkauft — und zwar so oder so für 50 bis 60 Pfennige.

An Regentagen, deren der Angler ja nie genug haben kann, gehen sie weg wie die warmen Semmeln! Da muß der Inhaber fleißig Würmer zählen. Und das ist gar nicht einmal so schwer, wie man sich das denkt. Die Invasoren des Margarinetübels haben nämlich in diesem Gefäß sonderbarerweise den Trieb zur „Herdenbildung“, der ihnen in der Natur, wo sechzig Würmer Stück für Stück zusammenzufuchen ein ganz schönes Stückchen Arbeit wäre, sonst fremd ist: in dicken Klumpen von Faustgröße liegen sie zusammengeringelt — und es ist dann ein Leichtes, sie eins, zwei, drei einzeln aufzuzählen.

Damit die Würmer in ihrem Kübel nun auch was richtiges zu fressen haben, bekommen sie alle zwei Tage in ihr Erdreich — Kaffeegrund geschüttet, den sie leidenschaftlich gern vertilgen; er dient ihnen als Ersatz für gewisse natürlich vorkommende Nährstoffe, wie sie in einem hölzernen Margarinetübel ebenso natürlich leider nicht anzutreffen sind.

Die Lieferanten der Würmer sind junge Leute, zumeist Erwerbslose, die in die umliegenden Wälder, Grünwald oder Tegeler Forst, regelrecht auf Würmerjagd gehen, sie verschaffen sich dadurch einige Pfennige Nebenverdienst: ein ganzer Wurm bringt ihnen einen halben Pfennig! Nicht viel, aber die Zigaretten kommen vielleicht zusammen.

Die Werbearbeit der Partei. Eine überfüllte Kundgebung in Köpenick.

Der große Saal des Stadttheaters in Köpenick war überfüllt. Die Polizei mußte absperrn.

Trefflich lang der „Männerchor Köpenick“, dann nahm der Reichstagsabgeordnete Genosse Scheidemann das Wort. Er beleuchtete die Weltwirtschaftskrise, deren Ursachen auf wirtschaftlichem und technischem Gebiete liegen. Eine bestimmte Staatsform für diese Krise verantwortlich zu machen, sei oberflächlich und abwegig. Die Krise wüte in den Staaten der Besiegten und der Sieger des Weltkrieges, gleichviel, welche Regierungsform sie haben. So haben auch die „nationalen“ Kreise in Deutschland kein Recht, die Schuld an der Krise dem demokratisch-parlamentarischen System zuzuschreiben. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wankt und scheint reif, durch ein höheres, den Sozialismus, ersetzt zu werden. Die Nationalen, Rationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen treiben Katastrophenspolitik. Weil eine Katastrophe den Untergang der Arbeiterklasse bedeuten würde, verteidigen wir Sozialdemokraten die Demokratie im Dienste des Sozialismus.

Nach Scheidemanns Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, sah man den Film vom Leipziger Parteitag. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Kundgebung.

Jugend, Erziehung und Politik.

Vom 2. bis 5. Oktober veranstaltet der „Bund Entschiedener Schulreformer“ in Berlin-Schöneberg einen öffentlichen Kongreß mit dem Thema: „Jugend, Erziehung und Politik“. Redner: Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Adolf Grimme, Hofrat Dr. L. E. Tesar-Wien, Lehrer Richard Reichart, MdK. Toni Pfülf, Studienrat Martin Weise, Dr. Fröhling, Lehrer Josef Rudolf, Dr. Heinrich Müller, Karlise Sonneborn, Dr. Reinemann, Professor Paul Destreich, Prof. Dr. Paul Honigsheim. Im Anschluß an die Tagung Beratungen. Gesamteilnehmerliste 6 Mark. Anfragen und Vorverkauf: Albert Lenz, Berlin D. 17, Hohenhofstraße 9. Auf vielfache Anfragen teilt der Bund mit, daß dieser von ihm in Aussicht genommene Herbstkongreß trotz der wirtschaftlichen Notlage vom 2. bis 5. Oktober im Berlin-Schöneberger Rathaus bestimmt stattfindet.

Zu Tode geprügelt.

Finsterstes Mittelalter im roten Sachsen / Martyrium eines Lehrlings.

Folgende Todesanzeige findet sich in der „Auerbacher Zeitung“ vom 10. September 1931: Nach des Schöpfers heiligem Rat... entriß uns der Tod... unseren lieben Sohn... den Schlosserlehrling Georg Engelbert Seih im Alter von 17½ Jahren nach dreieinhalbjähriger schwerer leidvollster Lehrzeit. Er konnte die Zeit des Leidens und der Qual durch harte Menschen nicht mehr ertragen. Im namenlosen Schmerz Familie Josef Seih nebst Angehörigen.

Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterjugend erfolgte einstmals auf Grund einer Mißhandlung eines Lehrlings in Berlin. Nach einem Menschenalter seit jenem Geschehnis sollte man eigentlich annehmen, daß Mißhandlungen mit tödlichem Ausgang für Lehrlinge in einem Kulturstaat, der Deutschland ja sein will, unmöglich seien. Dem ist nicht so. Der Zufall wollte es, daß obige Todesanzeige in die Hände jemandes kam, der der Sache eingehend auf den Grund ging. Das Resultat der Recherche ist trostlos. Georg Engelbert Seih ist buchstäblich zu Tode geprügelt worden. Als der junge Mann nicht mehr ein oder aus wußte, hat er selbst Hand an sich gelegt, um weiteren seelischen und körperlichen Mißhandlungen aus dem Wege zu gehen. Die Kleinstadtmisshandlung des Vorfalles mit dem Mantel der Nächstenliebe zu. Der Meister ist ein angesehener Mann und was spielt da nun schon der Tod eines Lehrlings für eine Rolle. Georg Engelbert Seih ist nach Anschauung unseres Gewährsmannes zu Tode gemartert worden. Der Fall ist ein trauriges Schulbeispiel für eine Lehrlingsstragödie.

Der junge Seih lernte bei einem Herrn Franke Rotorenschlosser. Der Geschäftsinhaber hat nur durch seinen Sohn, der angeblich Meister sein soll, die Möglichkeit, Lehrlinge auszubilden. Ein Geselle und vier Lehrlinge komplettieren seit Jahr und Tag das Personal. Die Arbeitszeit ist tagtäglich von 8 Uhr morgens bis spät in die Nacht. Frau Seih versichert glaubwürdig, daß ihr Sohn sehr selten vor 12 Uhr nachts zu Hause war, mit-

unter wurde er aber auch bis 2 Uhr nachts beschäftigt. Sonntags brauchten bei diesem Meister die Lehrlinge „nur“ von 8 bis 3 Uhr zu arbeiten.

Nicht genug, daß die Jugendlichen unter Verletzung sämtlicher gewerblicher Bestimmungen so lange beschäftigt wurden, erhielten sie als Zusatz bei Herrn Franke Schläge nach Köten. Er selbst schlägt nicht. Das überläßt dieser Lehrherr seinem 28 Jahre alten Sohne. Die Lehrlings sollen mit allen möglichen erreichbaren Gegenständen, ja sogar mit Maschinenteilen geschlagen worden sein. Was sich am Todestage des Seih im Privatkontor des Herrn Franke abgespielt hat, weiß kein Mensch. Der junge Mensch soll ein Rad eines Autos falsch ammontiert haben. Darauf mußte er in das Kontor kommen und ohne Zeugen erhielt er hier seine Prügel. Herr Franke gab, zur Rede gestellt, über die Vorgänge die für ihn bezeichnende Antwort an die schwergeprüften Eltern: „Was soll los gewesen sein, mein Sohn hat ihm nur zwei Schellen gegeben, dafür bin ich Zeuge.“

Alle Instanzen gehen über den jungen Seih die besten Auskünfte. Der Vater schildert in bewegten Worten die inneren Zusammenhänge vor der Katastrophe. Immer wieder sei er zum Lehrherrn, zum Obermeister, zur Innung, ja sogar zur Gewerbeaufsicht wegen der Arbeitszeit und der Mißhandlungen gelaufen. Geholfen hätte ihm niemand. Der einzige Erfolg seiner Beschwerden war, daß sein Sohn die doppelte und dreifache Prügel bezog. Der Junge selbst hat schließlich den Vater beschworen, nur nicht weitere Schritte zu unternehmen, weil er Angst vor neuen Mißhandlungen hatte. Seit Monaten schon hat der Sohn dem Vater alles aus Angst verschwiegen, bis es eben zur Katastrophe kam. Der junge Mensch wußte keinen anderen Ausweg mehr. Selbst nur noch das halbe Jahr Lehrzeit glaubte er nicht ertragen zu können.

Der Junge Seih ist tot! Was nun? Werden endlich die dazu vorhandenen Instanzen einschreiten? Der Vater hat Strafantrag gegen den Lehrherrn gestellt.

Öffentliche Kundgebungen

Neute, Dienstag, 29. September, pünktlich 19½ Uhr:

3. Kreis Wedding: Großer Saal der Hochschulbrauerei, Seestraße, Ecke Amrumer Straße Redner: Ernst Heilmann, M. d. L. und Clara Bohm-Schuch, M. d. R. — Atlantik-Festsäle, Behmstraße, am Bahnhof Gesundbrunnen. Redner: Carl Litke, M. d. R., und Erich Kuttner, M. d. L. 14., 15. und 16. Abt. im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42. Redner: Kurt Heinig, M. d. R.

Ueberfall auf Chinesenzug.

Banditen töten 30 Passagiere und plündern.

London, 28. September.

Wie Reuters aus Peking meldet, wurde gestern nachmittags der Mukden-Peking-Zug 55 Meilen westlich von Mukden durch eine Räuberbande zum Entgleisen gebracht. 30 Personen wurden getötet, darunter der Lokomotivführer, der Heizer und zwei andere Zugbeamte. Außerdem wurden viele Personen schwer verletzt. Der Zug wurde dadurch zum Entgleisen gebracht, das man die Schienen aufgesperrt hatte. Die Banditen plünderten den Zug vollkommen aus, bevor sie das Weite suchten. Hilfszüge sind von Tientsin entsandt worden und chinesische Truppen versuchen, die Banditen zu umzingeln.

Gegen Schulabbau und Kulturreaktion Energische Proteste in Neutölln.

Die weltliche Schule Neutölln, Herzhbergplatz, protestierte auf einem sehr gut besuchten Elternabend in der Aula der Karl-Marx-Schule gegen die drohende Zerstörung der Schule durch Sparmaßnahmen. Einmütig und mit allem Nachdruck verwahrt sich die Elternschaft gegen jede Sparmaßnahme, die den Lebensraum und die Schule des Arbeiterkinds beschränken soll. Es gebe viele andere Sparmöglichkeiten, die ohne Schädigung der Volksschule durchgeführt werden könnten. Besonderen Schutz forderte die Versammlung für die weltliche Schule und für die Volksschule. Die Gedankengänge der Diskussion wurden in einer Resolution zusammengefaßt, die gegen vier Stimmen angenommen wurde. Eine zweite Entschliessung, die von kommunistischer Seite eingebracht wurde und die Gründung eines wilden Kampfausschusses forderte, kam nicht zur Abstimmung, weil die erste angenommen war. Aber aus echt demokratischer Bestimmung fragte der Schulleiter, Genosse Vinke, die Versammlung, ob eine Abstimmung über die zweite Entschliessung gewünscht würde. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil der Kampf um unsere Schulen ein Kampf der Ge-

werkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist und die Eltern im Bund der freien Schulgesellschaften schon ihre besondere Kampforganisation haben.

Auch die Freie Schulgesellschaft Neutölln veranstaltete eine Kundgebung, in der besonders gegen die Abbaumaßnahmen an der Volksschule und der Junglehrerschaft protestiert wurde. Nach klingendem Spiel des Tambourcorps der Sozialistischen Arbeiterjugend kamen Vertreter der Freien Schulgesellschaft, der Freidenker und der Lehrgewerkschaft zu Wort. Wie sieht die weltliche Schule nach Inkrafttreten der beabsichtigten Verordnungen aus? Die Klassenfrequenz soll erhöht werden, die Junglehrer werden getündigt und sollen durch alte, meist reaktionäre Lehrkräfte ersetzt werden. Die weltliche Schule wird durch diese Maßnahmen besonders bedroht. Es ist der Sozialdemokratie gelungen, vorläufig wenigstens die härtesten Maßnahmen in ihrer Wirkung abzuschwächen, und es ist die Aufgabe aller Organisationen der Arbeiterkraft, jeden Angriff auf die Bildungstätten der kommenden Generation auf das energischste abzuwehren. Mit stürmischem Beifall wurde der Aufruf des Vertreters der Arbeiterjugend entgegengenommen, der die entlassenen Junglehrer auffordert, namentlich ihre Kräfte der sozialistischen Jugendbewegung zur Verfügung zu stellen. Das ist die beste Antwort auf die Angriffe der Reaktion gegen die Schule des arbeitenden Volkes.

Im Casino-Theater ist man redlich bemüht, sein Publikum ein paar Stunden lang die Unbill der Lage vergessen zu machen; nachdem der humorvolle Ernst Wolter mit einer Lannhäuser-Parodie die Stimmung geschöpft hatte, kam „Dodo, das öffentliche Vergnügen“ an die Reihe. Das alte, aber immer wirksame Theaterrezept vom Ruckdusel des Tugendknaben übte auch hier seine Wirkung aus. Dodo, die schwarze Heldin der Begebenheit, ein felles Longjirli aus dem fernen Afrika, treibt Schindluder mit weißen Männerherzen, bringt Verlobungen auseinander und was eben so zum Meier einer routinierten Herzensbrecherin sonst noch dazu gehört. Ihr Herzensjunge, der sich nach einer soliden Ehegesponsin umsieht, findet diese denn auch in der Richte derer von Prigelwitz; um ebenbürtig zu erscheinen, taucht ihm Dntelchen einen „Grosen“, sich selbst einen „Konsul“. Immer aber plagt im unrichtigen Moment die schwarze Gefahr ins Haus, die sich zum Schluß auch noch als das lebende Liebespaar des sittlichkeitschmüffelnden Schwiegeralters entpuppt. Happy end muß sein, so kriegen sich die beiden Liebenden doch und das schwarze Ramsellchen treibt weiter sein Unwesen. Gespielt wurde sehr stark und lebendig; Edith Lihel war ein prächtiges Schotabendenmädchen, Willy Kary der vielgeehrte Pseudograf, der seine liebe Rat hat, der liebestollen Weiblichkeit gerecht zu werden; Viktor Lihel ein gerissener Titelhändler und Ewald Hister der vielgeplagte Onkel. — Im bunten Teil zeigten sich Reh u. Reh als launige Jongleure mit guter Technik, assistiert von einer fangbegabten Krähe.

Phun 31

KÖNIGIN
VON

SABA



Vorkriegspreis!
6 zu 20 S
und so gut!

Die echte
GARBÁTY

dick
rund
%M

K. R. Neubert: Der achte Mord...

Als Benning nach erstattetem Bericht das Zimmer verlassen wollte, wandte sich der Kriminalrat noch einmal zu ihm, indem er ihm verträulich die Hand auf die Schulter legte: „Ich gratuliere zu Ihrem neuen Erfolg, Benning. Sie entwickeln sich zu einem meiner besten Beamten. Noch einen Mordfall so rasch und gründlich aufgeklärt, dann wäre es an der Zeit, sich für Ihre Beförderung zu verwenden. Ich werde dafür sorgen, Benning. Weiter so!“

Ein ehrgeiziger, tiefbefriedigter Beamter verließ nach diesem Lob des Vorgesetzten das Zimmer. Ein Ziel war nähergerückt: die Beförderung. Die Gehaltzulage. Die Heirat.

Abends sah Benning in sehr aufgeregter Stimmung im Wohnzimmer der Frau Wörke, die nach dem Tode ihres Mannes das Geschäft ausgegeben hatte und ein nettes Bankguthaben in ihre zweite Ehe bringen würde.

„Emma“, sagte Benning, während er sich Kaffee in den Tee goß und mit schrägem Blick die Wirkung seiner Worte auf Frau Wörke abzuwägen schien, „wenn die Beförderung ... klappt, wollen wir uns ... dann ... endlich ...?“

Die noch hübsche, wohlgepflegte Frau lächelte: „Es wird dir noch früh genug leid tun, du.“

Er sagte nur: „Früh genug! Ich kann nicht erwarten!“ Er haschte nach ihrem Arm und küßte ihn sehr oben.

In den nächsten Wochen gab es für Benning viel Kleinarbeit, aber keinen „Fall“. Es war, wie man auf den Lokalredaktionen zu sagen pflegt, „einfach nichts los“. Es gab weder Dachstuhlbrände, noch verwegene Bankerdrücker, über die man ausführlicher hätte berichten können. Die Wadtkommission hatte Feierabend.

In diesen Wochen und Monaten zeigte Benning eine sonst kaum gekannte Nervosität. Er lauerte auf seinen „Fall“. Er, der ruhige, pflichttreue, allerdings sehr ehrgeizige Beamte ertrug sich dabei, daß er wünschte, es würde irgendwo etwas passieren. Was sollte passieren und ihm Gelegenheit geben, seine Fähigkeiten zu beweisen, sich die Beförderung zu verdienen? Ein Mord natürlich, ein Totschlag, eine Entführung, er war doch Beamter des Norddekanates, ein Dachstuhlbrand konnte ihm nichts nützen.

Zu Beginn seiner Laufbahn hatte ihn das Bewußtsein befriedigt, daß er lebte, um Morde aufzuklären und verbrecherische Menschen, die im Dunkel ihrer Laiten lebten, ihrer Bestrafung zuzuführen. Und wenn er einen Fall aufgeklärt und einen Täter dingfest gemacht hatte, empfand er eine innere Genugtuung wie ein Arzt, der einen Krankheitsprozeß nach seiner Diagnose verlaufen und verheilen sieht.

Jetzt aber mußte er zum ersten Male die Entdeckung machen, daß er nicht existierte, um Morde aufzuklären und verbrecherischen Menschen das Handwerk zu legen, jetzt existierten die Morde und die Täter, damit er sich auszeichnete, damit er sich seine Beförderung verdienen und Frau Wörke heiraten konnte. Frau Wörke lächelte abwartend in ihrer behaglichen Bierzimmerwohnung.

Sie konnte warten. Sie konnte wählen. Das wußte er.

Sein Vorgesetzter hatte nie wieder von der Beförderung gesprochen. Hatte Benning aber Gelegenheit, seine besonderen Fähigkeiten zu zeigen? War das eine Aufgabe für ihn, auf den Bahnhöfen einen entsprungene Fürsorgezögling zu suchen? Erforderte es besonderes Geschick, in den Waffenkammern dieser Mittelstadt festzustellen, ob und wann ein bestimmter Mann eine bestimmte Waffe gekauft hatte?

Diese alltägliche Kleinarbeit brachte ihn nicht vorwärts. Auch bei Frau Wörke kam er in letzter Zeit nicht vorwärts. Sie lächelte nicht mehr, nicht ja, sie entzog sich ihm nicht, aber sie ergab sich auch nicht. Sie verstand es immer wieder, den Zeitpunkt der Bindung hinauszuzögern. Wenn er so von ihr ging, dachte er an die Worte seines Vorgesetzten: „Noch einen Fall, Benning, so rasch und gründlich aufgeklärt, dann wäre es Zeit, für Ihre Beförderung zu sorgen.“

Noch einen Fall so rasch und gründlich.

Aber es gab keinen Fall für ihn. Vielleicht hätte er unter anderen Umständen diese Tatsache begrüßt, als wäre er nicht ein ehrgeiziger Kriminalbeamter, sondern ein Pfarrer, der eine Sonntagspredigt zu halten hat. Gewiß, es wäre ein idealer Zustand, wenn man alle Faust- und Morddekanate wegen Beschäftigungsmangel auflösen könnte, und er, Benning, würde sich dann in einem ruhigeren Beruf sein Fortkommen suchen, aber die Verhältnisse lagen nun einmal anders.

Nach einem anstrengenden, von der üblichen Kleinarbeit erfüllten Dienstage verbrachte Benning den Abend bei Frau Wörke. Sie hatte heute ein grünes Kleid an, in dem er sie noch nie gesehen. Sie war sehr gepudert und sehr lustig. Er atmete auf. Mit einer Selbstverständlichkeit, als wäre es die Gepflogenheit eines täglichen Zusammenlebens, legte er sich nach dem Abendessen auf den Divan, wo er eine Zigarre rauchte.

„Komm doch her!“ sagte er, als sie sich in den Sessel setzen wollte. Und sie kam, leise, zögernd, mit einem Lächeln, das er nicht deuten konnte.

In dieser Nacht verließ er sie in der Gewißheit, vor dem letzten entscheidenden Schritt zu seinem Ziel zu stehen. Als er mit dem Schlüssel, den ihm Frau Wörke mitgegeben hatte, das Haustor aufschloß, benutzte ein Mann die Gelegenheit, in das Haus zu kommen. „Verzeihung!“ sagte der Fremde, „ich habe meine Schlüssel vergessen.“

Benning glaubte, den Mann schon irgendwo gesehen zu haben, erwiderte kurz seinen Gruß und trat auf die Straße hinaus. Im Wohnzimmer oben brannte das Licht. Er drehte sich noch einmal um und sah hinaus, ehe er in die andere Straße einbog...

Früh klingelte das Telephon bei ihm. Sein Vorgesetzter war am Apparat.

„Kommen Sie rasch!“ sagte er.

Benning hatte keinen Fall.

Das Auto der Wadtkommission hielt vor dem Hause, das Benning gestern nacht verlassen hatte. Sie stiegen die Treppen empor, über die er noch vor Stunden geschritten war. Sie betreten die Wohnung der Frau Wörke. Frau Wörke lag in ihrem grünen Kleide neben dem Divan. Sie war ermüdet worden.

Umgerollene Stühle und zertrümmerte Vasen zeigten an, daß es hier einen erbitterten Kampf zwischen Täter und Opfer gegeben hatte. Die Tat war erst morgens von der Aufwarterin entdeckt worden, die einen Schlüssel zur Wohnung besaß. Frau Wörke lag gewöhnlich lange im Bett und liebte es nicht, aufzustehen, wenn es morgens klingelte. Frau Tal, die Bedienstete, kam gegen acht Uhr.

Das Sicherheitsloch vor diesem nicht benutzt worden. Die Tür war nur einfach zugeschlagen. Das war Frau Tal sofort aufgefallen. Sonst gab es nicht die geringsten Anzeichen für eine gewaltsame Öffnung der Tür oder der Fenster.

Benning war zunächst kaum fähig, irgendwelche Untersuchungen am Tatort vorzunehmen. Er war schlagartig und sah auf die Tote im grünen Kleid, als hätte er in seiner ganzen Laufbahn niemals etwas Schrecklicheres, Grausigeres erlebt als diesen

Mord. Er war in den ersten Minuten völlig konsterniert, so daß es den anderen Herren auffiel.

„Eine Bekannte ...“ flüchte er sie mit einer schwachen Handbewegung auf.

Es war hier aber keine Zeit zu privaten Betrachtungen. Dieser Mordfall war Benning zur Aufklärung übertragen worden. Er hatte seine Pflicht zu tun. Ganz dunkel erinnerte er sich der Worte seines Vorgesetzten: „Noch einen Mordfall so rasch und gründlich aufgeklärt, Benning, dann — Ihre Beförderung!“

Erschüttert beugte er sich über die Tote...

Er hatte gebeten, ihn bei seinen nächsten Untersuchungen allein zu lassen. Sein Gesicht drückte eiserne Entschlossenheit aus. Man sah ihn an und wußte, daß er alles daransehen würde, diesen Fall aufzuklären.

Als Benning allein im Zimmer war, nahm er das grauohrige Bild der vor dem Divan liegenden Toten noch einmal in sich auf. Er suchte sich vorzustellen, wie so anders die gestrige Szene hier an dieser Stelle gewesen war. Er hörte das Lachen der hübschen, blühenden Frau. In seinen Armen hatte sie gelegen.

Die Lippen zusammengeklappt, die Augen zu scharfem Blick konzentriert, begann Benning jetzt alle Dinge im Zimmer nach Spuren zu untersuchen. Auf dem Divan griff er hastig einen Knopf. Es war ein Knopf, wie er sie an seiner Weste trug. An seiner Weste fehlte ein Knopf. Es war sein Knopf.

„Ich bin auf meiner eigenen Spur!“ dachte er.

Er war auf seiner eigenen Spur. Hier war ein Tritt seiner Schuhe auf dem gebohrten Parkett. Hier war die Asche seiner Zigarre.

Kopfschüttelnd suchte er weiter. fand nichts — außer einigen schwarzen Haaren zwischen den Fingernägeln der Toten.

„Wenn sie blond wären, hätte ich meinen eigenen Indizienbeweis geliefert!“ flüchte er.

Er legte die Haare sehr sorgfältig zwischen die Blätter seines Notizbuchs. In diesem Augenblick fiel ihm der Mann ein, der gestern nacht an ihm vorüber in das Haus gegangen war...

Im Nebenzimmer hatte Frau Tal eine Entdeckung gemacht, die sie den Herren aufgeregt mitteilte. „Der Hausschlüssel fehlt an diesem Bund!“

Die Herren kombinierten: Der Täter konnte nur ein Bekannter sein, der zu später Stunde noch Einlaß fand. Nach der Tat nahm er den Schlüssel an sich, um unerkannt das Haus verlassen zu können.

„Stimmt!“ dachte Benning, der an der Tür das Gespräch mithörte. Er trat ins Nebenzimmer. „Haben Sie was gefunden?“ fragten die Herren.

„Wenig!“ sagte er.

„Übrigens —“ warf er dann wie nebenbei hin, „der fehlende Schlüssel befindet sich in meiner Manteltasche. Ich habe Frau

Paul Behlau: Wartelage

Seit einiger Zeit trafen sie sich regelmäßig in den kleinen Anlagen vor dem Arbeitsamt: Pumser, der abgebaute Lagerhalter, Adolf Horupp, der riesenstarke Bierkutscher, und Karl Beyer, der Gelegenheitsarbeiter. Grundverschieden waren sie nach Herkommen und Veranlagung. Zusammengeführt hatte sie der Umstand, daß sie eines Tages vor dem Schalter hintereinander warteten und jeder des anderen Meinung über Tagesfragen zwar interessant, aber undisputabel fand. Nur in ihrer Not glichen sie sich, und in einer Schwäche, der sie als ordentlichen Menschen nun nicht mehr nachgeben konnten, in der Vorliebe für einen ordentlichen Schnaps. Durch stundenlange Gespräche über prächtige Gelegenheitsräucher hielten sie sich gegenseitig über das starke Verlangen hinweg, bis Pumser auf den Einfall kam, eine Kasse einzurichten, in die jeder von seiner Unterstützung einen Groschen hineinlegen mußte. Ein Groschen war nicht viel in der Woche und die Frauen würden es nicht merken.

„Einen Jahrtag noch, dann reicht es“, hatte Adolf Horupp, der die Kasse führte, vor einer Woche gesagt.

Nun war es so weit. Pumser und Beyer warteten in den Anlagen nur noch auf Adolf Horupp und die Flasche. Sie wollten dann in einen Park gehen, der abseits liegt und morgens weniger besucht wird. Jeden Augenblick mußte Horupp kommen. Pumser erhob sich in seiner Ungeduld von der Bank. „Na, Beyer, nun sehe mal deine Mühe ordentlich auf und steck den Haarschwanz weg; du gehst ja wie ein Strolch!“

„Puh, dein Schwanz wird auch noch mal alt.“

„Was du immer mit meinem Schwanz hast! Der hat wahrhaftig bessere Tage gesehen.“ Pumser sah zufrieden an sich hinunter. Ja, alles noch tabellos.

„Einen besseren Herrn wohl auch, was?“

Pumser reckte sich in die Höhe. „Der hat meine zweihundert Mark gekostet. So, und nun lasse dein Stachel!“

Aber Karl Beyer ließ es nicht. „Opa, zweihundert Mark?“

„Puh, mal so viel hab' ich den Monat verdient.“ Pumser wurde immer größer neben dem Gelegenheitsarbeiter. Mit einer eleganten Bewegung schob er die etwas verschlossene Kramotte zurecht. „Nun seh doch endlich deine Mühe ordentlich auf, sonst geh ich nicht mit!“

In diesem Augenblick machte Pumser eine leichte Verbeugung nach der nahen Straße hin. Ein Fuhrwerk rasselte dort vorbei. Der Kutscher grüßte vom Bod. „Randolf und Co., meine Firma“, sagte Pumser.

Da kam Adolf Horupp um eine Gebühche. Karl Beyer zeigte hin, und während er selbst nun doch seine Mühe zurechtzückte, zog Pumser seinen Schwanz seitlich an den Leib.

Adolf Horupp machte ein Gesicht, das seine Genossen nicht kannten. Karl Beyer ahnte nichts Gutes. „Mensch, Mensch, was ist los?“ Hillos sah der große Mann an beiden vorbei. „Icha, is weg, alles weg!“

„Mensch!“ Karl Beyer drohte an dem Riesen hinaus.

„Icha, ich kann's nicht helfen. Meins Ollch hat die Kasse gefunden und ihre Schuhe besohlen lassen.“

„Von unserm Geld? So ist's richtig! Versucht! Und ich hab' mich so gezeugt!“ schrie Karl Beyer.

Pumser hatte den Kneifer abgenommen und wischte daran herum. Sein blaues Gesicht schien blässer zu sein als sonst. Er setzte das Glas wieder auf die Nase. „Hast du denn deiner Frau nicht gesagt, das Geld gehört uns?“

„Icha, das ist es ja gerade. Sie glaubte, ich hätte heimlich gepart und war ganz gerührt, und mit ihren Schuhen konnte sie nicht mehr auf die Straße gehen. Und da hab' ich nichts mehr gesagt.“

Karl Beyer knurrte noch. Pumser hatte sich ganz erholt von der Enttäuschung. „Denn so“, sagte er, „nehme ich von jetzt ab die Kasse.“

Pumser war ein sehr ordentlicher Mensch. Er hatte außer seinem Schwanz noch einen schönen Notizbuch und einen Füllfederhalter. Diese Sachen kamen nun wieder zu Ehren. Die freie Zeit verbrachte er damit, Bewerbungsschreiben anzufertigen, denn

Wörke gestern, nachts um elf Uhr, verlassen. Allerdings lebte sie da noch. Ich nahm den Schlüssel mit, um Frau Wörke das Hinuntergehen zu ersparen. Es kann aber noch ein anderer Schlüssel fehlen...“

Die Herren wußten nicht, was sie sagen sollten.

„Glauben Sie, daß sie den Täter bald haben werden?“ fragte jemand.

„Ich glaube, ja, meine Herren!“ antwortete Benning und verließ das Zimmer...

Benning war immer ein eifriger Beamter gewesen. Daß er mit geradezu fanatischem Eifer an die Aufklärung des Mordes ging, war allen verständlich, die von seiner Bekanntheit mit der Ermordeten erfuhren. Die besonderen Umstände hatten es nötig gemacht, daß Benning genaues Bericht gab über seine Besuche bei Frau Wörke. Um diese Besuche zu motivieren, mußte er sogar von seinen Heiratsabsichten erzählen.

Eine Zeitlang schien es Benning, als hätte man sogar einen Verdacht auf ihn. Es wurde sehr viel ohne ihn recherchiert. Es wurde manches unternommen, mochte er nichts wissen sollte. Mit verbittertem Eifer verfolgte er die Mordsache Wörke, die sich bereits zu dicken Akten auswuchs, ohne daß der Täter ermittelt werden konnte.

Es war mehr eine instinktive Eingebung als vernunftmäßige Überlegung nach vorhandenen Indizien, die Bennings Nachforschungen besonders auf den Mann ausdehnen ließ, der in jener Nacht hinter ihm das Haus betreten hatte.

Frau Wörkes Charakterbild hatte sich inzwischen sehr zu ihren Ungunsten gerundet. Es wurde festgestellt, daß sie nicht allein Bennings Besuche empfangen hatte. Sie schien nach verschiedenen Seiten mit Heiratsabsichten getätelt zu haben. Vielleicht war Benning die festeste Bindung, die einzige war er nicht. Welch eine Enttäuschung für den Mann, der diese Berichte lesen mußte. Welche niedererschmetternde Erkenntnis, durch einen aufzuklärenden Mord!

Sehr lange hat es nicht gedauert, bis Benning den Mörder fand. Es war der Mann aus jener Nacht. Nach seinem Geständnis, an dem nicht zu zweifeln war, hatte sich die Tat folgendermaßen abgespielt: Witte, so hieß der Mörder, ein Friseurgeschäft aus einem der größten Friseurgeschäfte der Stadt, wo er Frau Wörke kennengelernt hatte, war mit ihr wiederholt zusammengetroffen. Bald war er in leidenschaftlicher Liebe zu ihr entbrannt. Da er von ihren anderen Beziehungen wußte, verfolgte er sie mit seiner Eifersucht, so daß Frau Wörke das Verhältnis löste. An jenem Abend wartete Witte vor ihrem Hause. Er wußte, daß sie Besuch hatte, und war von rasender Eifersucht erfüllt. Als Benning nach Stunden das Haus verließ, gelang es Witte in der erwähnten Weise, ins Haus zu kommen. Er klingelte sofort bei Frau Wörke, die in der Meinung, Benning käme zurück, ahnungslos öffnete. Sie hatte zuerst versucht, ihn durch gutes Zureden, durch Nachgiebigkeit loszuwerden, dann versuchte sie es mit lechter Energie, schon von Furcht geschüttelt — und dann — als sie sich auf dem Divan gegen ihn zur Wehr setzte — dann geschah der Mord...

Übrigens — Benning erhielt keine Beförderung. Größere Aufgaben erwarteten ihn in einer größeren Stadt. Beiratet hat er später auch.

er konnte nicht glauben, daß er jetzt mit einem Male überflüssig sein sollte. Eines Tages — die Kasse hatte fast den Bestand von drei Mark wieder erreicht — bekam er von einer ganz unbekanntem Firma ein Schreiben, das ihn, Herrn Pumser, aufforderte, sich am Weg 28 persönlich zu bewerben. Pumser raste hin. Die Sache war glänzend. Am nächsten Tage schon sollte er in einer Versicherungsgesellschaft anfangen. Für die Vermittlung wurden nur fünf Mark berechnet.

„Hm, fünf Mark! Pumser kam in große Verlegenheit. Als er in den Taschen herumwühlte, kimperten die Schnapsgrochen in der Spardose hell und aufdringlich. Da gab es nichts mehr zu überlegen. Er schnitt den herumgelebten Papierstreifen aus und zählte. Reunundzwanzig. Der Herr hinter dem Tisch grinst gutmütig. „Na, geben Sie man her; es ist ja auch wohl nicht mehr von Ihnen zu verlangen.“ Pumser schloß sich erst und dankte durch Verbeugungen. „Also morgen früh um neun!“ rief ihm der Herr sehr laut nach und hat ein junges Mädchen herein, das schon im Vorraum wartete. Pumser war sehr glücklich.

In den kleinen Anlagen vor dem Arbeitsamt standen Menschen in schlechter Kleidung herum, stumpf ergeben die einen, aufgeregt debattierend andere. Helle Kinderseider, die sonst den Parks Leben und Licht geben, gab es hier nicht. Auf zwei Steinbänken hockten Adolf Horupp und Karl Beyer. Ihr Warten und Ausschauen nach Pumser war vergeblich gewesen. Horupp ließ schon melancholisch den Kopf hängen, während Karl Beyer zappelig war wie ein Fisch auf dem Lande. „Der Teufel traue den seinen Herren!“ schalt er. „Wer weiß, wer weiß!“ sagte der Bierkutscher dumpf.

Da stand Pumser vor ihnen. Sein Schlipf sah schief. Aus dem Schwanz, oben im Nacken, sahen ein Stück vom Hemd und der Kravattenknopf heraus. „Ich will es euch gleich sagen. Das Geld ist kutsch!“

„Himmel Donnerwetter!“ schreuzte Beyer, indem er Pumser bei den Tauchknöpfen packte. Die Adern in Pumserns Gesicht schwellen. „Ein saubere Firma! Wie ich hincombe, ist sie gar nicht da!“

„Hast die Flasche wohl selbst getrunken, was?“

„Ruhig, Beyer!“ Der Bierkutscher legte ihm die mächtige Hand auf den Kopf, daß er auf die Brust sackte.

Pumser erzählte, was geschehen war. Beyer schwieg zwar still dazu, tippte sich aber doch mit dem Zeigefinger an die Stirn und sagte zuleht: „Na, auf so'n Quatsch sollen auch mir bessere Herren rein!“

„Von wegen bessere Herren!“ knurrte Pumser müttend.

Mit dem Sparen war es nun aus. Es wurde nicht mehr davon gesprochen. Die Hoffnung auf einen ordentlichen Schnaps war ihm aber regelmäßig, wie immer, trafen sich die drei, nachdem sie am Schalter abgefertigt waren, in den kleinen Anlagen.

Eines Tages kam Karl Beyer nicht. Und als Horupp und Pumser schon das Warten aufgeben wollten, wurde Pumser von einer Frau angesprochen: „Sie sind doch sicher Herr Pumser!“ Der Angeredete zog seine Kramotte zurecht: „Ja, das bin ich!“

Sie möchten heute abend zu Karl Beyer kommen. Das ist nämlich mein Mann, und er will einen ausgehen und der Herr Horupp soll mitkommen!“

„Donnerwetter!“ sagten beide zugleich.

„Er hat Arbeit bekommen!“

„Wie ist das möglich?“ Das hörte die Frau aber nicht mehr. Sie hatte für ihren Mann auf dem Arbeitsamt zu tun und machte ein glückliches Gesicht.

Der Abend bei Karl Beyer war prächtig. Er verstand etwas von Schnaps, und gekauert hatte er auch nicht. Nur einmal glaubte Pumser, der Schnaps habe einen bitteren Beigeschmack. Das war, als Karl Beyer, der alte Stüchling, endlich das Geheimnis preisgab, wo er Arbeit gefunden hatte. Es war bei Randolf und Co., Pumserns Firma.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klein; Kultur: G. Klein; Sport: G. Klein; Wissenschaft: G. Klein; Kunst: G. Klein; Literatur: G. Klein; Musik: G. Klein; Theater: G. Klein; Film: G. Klein; Fernsehen: G. Klein; Radio: G. Klein; Presse: G. Klein; Verlage: G. Klein; Buchhandel: G. Klein; Druck: G. Klein; Werbung: G. Klein; Anzeigen: G. Klein; Sonstiges: G. Klein.

Berschleuderte Steuermillionen

Wertwürdige Wiederaufbaumethoden der liquidationsgeschädigten Großkonzerne.

Das Reich hat in den letzten beiden Jahren den Massen außerordentlich schwere Opfer zugemutet. Zur Ordnung der Reichsfinanzen hat man die Sozialleistungen für die bedürftigsten Schichten der Bevölkerung abgebaut, schwere neue Steuerlasten, die in erster Reihe die Massen treffen, der Bevölkerung auferlegt. Um so stärkere Empörung muß es daher hervorgerufen, wenn aus Steuergeldern vielfache Millionenbeträge als Zuwendungen unter dem Deckmantel des Wiederaufbaues verschont und verschleudert wurden.

Im Rahmen des Kriegsschadenschuldengesetzes, das im Frühjahr 1928 von der damaligen bürgerlichen Koalitionsregierung kurz vor ihrem Auseinanderbrechen und den Neuwahlen mit großer Eile verabschiedet wurde, wurde den meist kolonialen Großunternehmungen, die wieder aufbauen wollten, über die Grundentschädigung hinaus ein sehr beträchtlicher Wiederaufbauschlag gewährt.

Diese Wiederaufbauschläge, die nicht weniger als 130,4 Millionen Mark erforderten, bedeuteten in Wirklichkeit die einseitige Begünstigung einer kleinen Anzahl von Großunternehmungen auf Kosten der Hunderttausende von Klein- und Mittelschädigten.

Von der Sozialdemokratie wurde damals in der Presse wie bei den Beratungen im Reichstag vergeblich die Streichung dieses Wiederaufbauschlages verlangt und die Verwendung der erparten Summen zur Aufbesserung der Entschädigung der Kleingeschädigten beantragt. Die Sozialdemokratie hat richtig vorausgesehen und betont, daß eine Wiederaufnahme der früheren wirtschaftlichen Betätigung im Auslande teilweise gar nicht möglich, teilweise mit außerordentlichem Risiko verbunden, und daß ferner die Verwendung der Summen zu Wiederaufbauzwecken nicht gewährleistet sei, deshalb werde nur eine wirtschaftlich und sozial nicht zu rechtfertigende Begünstigung weniger Konzerne auf Kosten der Steuerzahler die Folge sein.

Einzelheiten, die in den letzten Jahren über die Verwendung der Millionenbeträge für den „Wiederaufbau“ bekannt geworden sind, haben diese Warnung voll bestätigt. In zahlreichen Fällen, in denen man eine neue Auslands- bzw. Kolonialbetätigung aufgenommen hat, sind die investierten Beträge in kurzer Zeit verlorengegangen, in anderen und zwar gerade bei einer erheblichen Anzahl der größten Entschädigungen, sind die Wiederaufbaubeträge zu reinen Finanztransaktionen, die nichts mit Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu tun haben, benutzt worden; Gesellschaften, die Wiederaufbauschadigungen erhalten haben, sind zu einem beliebigen Ankauf- und Spekulationsobjekt geworden.

Zunächst zwei Beispiele ausgesprochener Fehlinvestitionen dieser Wiederaufbaubeträge:

Die Deutsche Südsulfophosphat A. G. in Hamburg hat u. a. ihre Entschädigung zum Ankauf eines früher ihrem Großaktionär gehörenden Erzbergwerks in der Tschekoslowakei mit einer Kaufsumme von etwa 1/2 Millionen verwandt, von der bereits 400 000 Mk. als Verlust abgedacht werden mußten; die Kaufsumme ist so gut wie verloren. Die Neu-Guinea-Compagnie, die etwa 6 Millionen Mark, das Vielfache ihres Kapitals, als Wiederaufbauschadigung erhielt, hat bei ihrer neuen kolonialen Betätigung infolge von Fehlschritten sowie durch die Rohstoffsteile gleichfalls schwere Fehlschläge erlitten und kann ihr tatsächliches Kapital kaum mit 1 (eins) Proz. verzinsen.

Nach viel ernster sind die Fälle, in denen riesige Wiederaufbaubeträge zu reinen Finanztransaktionen benutzt wurden, bei denen auch nicht im entferntesten mehr von einem Wiederaufbau die Rede sein kann. Hierfür einige Beispiele:

Die zehn früheren künstlichen Kaligewerkschaften des Wintershall-Konzerns.

denen der erhöhte Wiederaufbauschlag (15 statt 5 Proz. des Schadens) gewährt wurde und die vom Reich 35 Millionen Mark in Schuldbuchforderungen erhielten, erfüllten ihre Wiederaufbaupflichtung sehr einfach, indem sie von der Muttergesellschaft, der Wintershall A. G., deren Beteiligung an den Kalimerten des früheren Wilhelm-Sauer-Konzerns übernahmen.

Es erfolgte hier also lediglich ein Besitzwechsel, eine Umorganisation innerhalb des Konzerns. Worin bei dieser reinen Finanztransaktion, die vom Reich durch Steuererlasse begünstigt wurde, der Wiederaufbauschlag zu erblicken ist, ist ein Rätsel.

Ein anderes Beispiel: die beiden ehemals im Südschwarzsee arbeitenden deutschen Kolonialunternehmen,

Die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft und die Jaluit-Gesellschaft

liehen sich vom Reich die Wiederaufbauschläge — insgesamt 6,8 Millionen Entschädigung! — auszahlen,

fusionierten daraufhin, aber nicht zu einer deutschen, sondern zu einer holländischen Gesellschaft und wendeten mit den deutschen Geldern nach Holland ab. So wurde das Gesetz umgangen, das keine Entschädigung vorstreckt für Gesellschaften, „die nicht mehr als deutsche gelten“ können.

In welchem Maße die „Wiederaufbau“-Millionen mißbräuchlich zu reinen Finanztransaktionen und zur privaten Bereicherung ausgenutzt werden, zeigt trotz des Schicksal der Schantung-Gesellschaft und der Fall der „Centralbank für Eisenbahnwerte“.

Die Schantung-Gesellschaft.

Eine Münchener Bankfirma bemächtigte sich durch Zustände der Reichsheit der Schantung-Gesellschaft, deren wertvollstes Objekt etwa 10 Millionen zum Wiederaufbau erhaltene Reichsschuldbuchforderungen darstellten, sagte im Frühjahr dieses Jahres die bisherige Beherrscherin, die D.D.-Bank, die die Zustände nicht genügend beachtet hatte, rücksichtslos ab und besetzte Aufsichtsrat und Verwaltung neu mit ihren eigenen Vertrauensleuten. Der bisherige Wirkungsfreis der neuen Münchener Besitzerin lag nicht gerade auf dem Gebiet der Plantagenwirtschaft und des Ostasienhandels, sondern auf dem viel näheren und realeren des Grundstücksverkehrs;

es bestand sogar der Plan, wie aus einem Angebot an die früheren Großaktionäre hervorging, den Wiederaufbau des Ostasienhandels in der Form der Befestigung an deutschen Grundstücksverhältnissen zu vollziehen.

Centralbank für Eisenbahnwerte.

Nicht minder bedenklich ist der Fall der „Centralbank für Eisenbahnwerte“. Diese Gesellschaft, die früher in Ungarn an Eisenbahngesellschaften beteiligt war, stand seit Jahren in Liquidation. Sie wurde in der Zeit der bevorstehenden Liquidationsschadensregelung und wohl lediglich auf diese hin vom Michaeliskonzerne erworben. Die 4 1/2 Millionen, die als Wiederaufbau-

Die radikale Wippe.



„Bald werden wir das Ding durchschaukeln, und dann fällt du hinunter.“

Schiele für neue Lohnsenkung.

Der Minister für die Grüne Front gegen die Arbeiterschaft.

Reichsernährungsminister Schiele hat in der Generalversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrats eine Rede gehalten, die wie eine Programmklärung der Reichsregierung klang. Seine Rede läßt erkennen, daß starke sozialreaktionäre Kräfte im Kabinett auf neue Angriffe gegen die Arbeiterschaft drängen. Minister Schiele führte aus:

„Insgesamt betrachtet müssen wir uns aber darüber klar sein: Das allgemeine Niveau der Lebenshaltungskosten ist nicht mehr steigerungsfähig.“

Worauf es jetzt für die Landwirtschaft ankommt, ist die Schließung der Preisfresser durch Senken der Produktionsmittelpreise. Seit Jahren weise ich darauf hin, daß die Landwirtschaft kein Interesse an absolut hohen Preisen hat, sondern nur an einer vernünftigen Relation der Preise. So wie dies auch im letzten Zollermächtigungsgesetz vom 28. März 1931 festgelegt worden ist. Dieses Ziel wird ohne Voderung der Kartell- und Abnahmeverbindungen nicht zu erreichen sein.

Beworrenden Entwicklungen und Entscheidungen im Ruhrgebiet werden nur Vorkämpfer sein; ihnen werden bald grundlegende, gesetzliche Regelungen folgen müssen. Bahn- und Gehaltsabbau müssen aber mit der Verringerung der Kosten der Bedarfsgüter Hand in Hand gehen.“

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen das eine: daß Bahn- und Gehaltsenkungen Wirklichkeit sind, alle Betrachtungen über Preissenkung oder Theoria bleiben. Herr Schiele kündigt neuen Lohnabbau und zugleich Voderung des Tarifrechts an — von einem Sinken der Lebensmittelpreise aber ist weit und breit nichts zu sehen, und das ganze System der Schiele'schen Agrarpolitik wirkt dem entgegen.

Für die Anerkennung, daß die Arbeiterschaft noch höhere Lebensmittelpreise nicht bezahlen könne, kann sie sich nichts kaufen — dafür wird sie sich, wenn neue Lohnsenkungen beabsichtigt sind, noch weniger Lebensmittel kaufen können.

Herr Schiele ist einer der Männer im Kabinett, die den Kurs gegen die Arbeiterschaft verschärfen wollen. Er hat in seiner Rede seine Stellung im Kabinett eindeutig bezeichnet:

„Die Landwirtschaft braucht einen Vorkämpfer im Kabinett, im Brennpunkt der politischen Entscheidungen. Die Landwirtschaft braucht aber auch einen Anwalt, der die allgemeinen politischen und psychologischen Voraussetzungen für eine gesunde Agrarpolitik und damit den notwendigen Rückhalt für die Arbeit im Kabinett schafft. Insofern haben Sie aber instinktiv

das Richtige empfunden, wenn Sie mich und die Grüne Front als Einheit bezeichnen.“

Herr Schiele ist also Minister für die Landwirtschaft, er will ein Interessentenminister sein. Als Exponent der Grünen Front tritt er für neue Lohnsenkungen und für den Einbruch ins Tarifrecht ein. Aus dem Interessentenminister für die Landwirtschaft wird ein Interessentenminister gegen die Arbeiter.

Unter seiner Führung verläuft die Agrarpolitik, als ob es nur ihn, und kein Reichskabinett und keinen Reichskanzler gäbe. Wenn seine Gedankengänge auch das angekündigte Winterprogramm der Regierung beherrschen sollten, so würden sich daraus sehr ernsthafte politische Komplikationen ergeben.

Auftakt zum Reichstagszusammentritt.

Patentreiz-Mißtrauensanträge gegen Brüning und Curtius.

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichsparlaments einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning und einen besonderen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius einbringen werde.

Trennung von der Friedensgesellschaft.

Eine Lektion für Rüstler und Genossen.

Schwerin, 28. September. (Eigenbericht.)

Die Vorstände der Ortsgruppen Schwerin und Rostock der Deutschen Friedensgesellschaft haben durch folgenden Beschluß ihre Auflösung beschlossen:

„Die Ortsgruppen lösen sich als Unterorganisation der Deutschen Friedensgesellschaft mit sofortiger Wirkung auf und werden als Vereinigung Schweriner oder Rostocker Friedensfreunde vorläufig ohne Anknüpfung an eine Reichsorganisation weiterarbeiten. Zu diesem Schritt haben sich die örtlichen Leitungen, die seit langem mit ernster Sorge die Arbeitsmethoden der Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft, insbesondere die Außerachtlassung einer verbindlichen Zusammenarbeit mit den republikanischen Organisationen verfolgt haben, um so mehr gezwungen, als es inzwischen zu einem offenen Bruch zwischen der größten republikanischen Partei und der Deutschen Friedensgesellschaft gekommen ist.“

entschädigung in Form von Reichsschuldbuchforderungen an die Gesellschaft gezahlt wurden, benutzte der Michaeliskonzerne zu seiner eigenen Finanzierung; sie wurden als ziemlich billige, langfristige Darlehen dem Konzern weitergegeben, der seinerseits als „Sicherheiten“ dafür einige Versicherungsskizzen und einige Millionen Mark Abzahlungsforderungen der ihm gehörigen „Debema“ abtrat. Dieses „Wiederaufbau“-Geschäft einer bereits in Liquidation befindlichen Gesellschaft, diese Ausnutzung von Wiederaufbaumillionen für Finanzzwecke des Großaktionärs, ist von einer Oppositionsgruppe angefochten, es ist sogar gegen den Vorstand der Gesellschaft Regereklage erhoben worden, ein bisher trotz der zahllosen Verfehlungen im deutschen Aktienwesen einzig dastehender Fall.

Das Gericht hat in der ersten Instanz das Geschäft als sittenwidrig und nichtig anerkannt; und der Großaktionär wird wohl oder übel die auf diese Weise erhaltenen Beträge der Gesellschaft zurückzahlen müssen.

Gegenüber den Wünschen der oppositionellen Aktionäre, die Vermögenswerte der ja noch immer in Liquidation befindlichen Gesellschaft auszuschiütten, hat die Verwaltung mit heroischem Wiederaufbaumillen in der letzten Generalversammlung erklärt, „daß sie sich absolut gebunden fühle, den Wiederaufbau durchzuführen.“

Diese Beispiele, die sich noch vermehren ließen, zeigen mit Deutlichkeit, in welchem Maße die eifrigen für den Wiederaufbau bestimmten Entschädigungsbeiträge sittenwidrig und gesetzwidrig zu reinen Finanztransaktionen benutzt werden.

Wie ist es nun möglich, daß Millionenbeträge nicht zum Wiederaufbau, sondern, der Absicht des Gesetzes zuwiderlaufend, lediglich für die privatwirtschaftlich allerdings einträglichen Transaktionen

einzelner Finanzgruppen verwendet werden können? Nach dem Kriegsschadenschuldengesetz wird der Wiederaufbauschlag, der von der Sozialdemokratie von Anfang an aufs härteste bekämpft wurde, schon dann gewährt, wenn die Verwirklichung des Wiederaufbauwillens in sichere Aussicht gestellt wird. Was man von diesen Verfehlungen zu halten hat, zeigen unsere genannten Beispiele. Es kann kein Zweifel bestehen, daß in allen diesen Fällen kein Wiederaufbau nach den Bestimmungen des Gesetzes erfolgt ist, das als „Wiederaufbau“ nur die Wiederaufnahme oder den Ausbau einer entsprechenden oder zumindest gleichartigen wirtschaftlichen Tätigkeit gelten lassen wollte.

Das Reich, also letztlich die Steuerzahler, ist in diesen und ähnlich gelagerten Fällen nutzlos zugunsten einer Reihe großer Konzerne mit Millionenbeträgen belastet worden.

Es ist Pflicht des Reichstags, allen Fällen nachzugehen und die zweckwidrig verwendeten Entschädigungsgelder zurückzufordern. Allein bei den drei Fällen Wintershall, Schantung und Centralbank für Eisenbahnwerte handelt es sich um Beträge von zusammen etwa 35 Millionen Mark, die als Wiederaufbauschläge gegeben wurden, ohne daß auch nur die Hoffnung eines Wiederaufbaues zu bemerken oder noch zu erwarten ist.

Sollten die im Kriegsschadenschuldengesetz — entgegen dem früheren Rechtszustand — selber sehr eng gefaßten Rückforderungsrechte nicht ausreichen, so dürfte es nicht schwer fallen, in Auftracht dieser offensichtlich dem Sinn und Willen des Gesetzes zuwiderlaufenden Verwendung und der schwerwiegenden Schädigung der Reichskasse die notwendigen Bestimmungen zur Ablieferung der wirtschaftlich ungerechtfertigt in Aufbruch genommenen Beträge sofort zu erlassen.

Die Sparkassen in der Wirtschaftskrise.

Vertrauensgrundlage unerschütterlich / Reformvorschläge Severings / Sparkassen und Reichsbank

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband und seine Mitgliedsverbände begingen gestern das fünfzigjährige Bestehen der Sparkassenorganisation in einer öffentlichen Kundgebung. Die stürmischen Wochen, die die deutschen Sparkassen im Zusammenhang mit der Kreditkrise vom Juli hinter sich haben, und die Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Brüning, des preussischen Innenministers Severing und des Reichsbankpräsidenten Luther gaben der Jubiläumstagung der Sparkassenorganisationen ein besonderes Gepräge.

Der Reichskanzler Dr. Brüning, dessen währungspolitische Ausführungen wir bereits im Hauptteil des Blattes gebracht haben, führte im weiteren Verlauf seiner Rede u. a. aus: Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß gerade auf dem empfindlichen Gebiete der Kreditwirtschaft überleitete Maßnahmen Verwirrung und Schaden anrichten können. Neben der Steigerung des Vertrauens wird vor allem auch die Schaffung von Sicherungen gegen eine Kapitalverteilung, die mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht im Einklang steht, angestrebt werden.

Die Grundlagen der Sparkassen haben sich im allgemeinen als gesund erwiesen.

Die Prüfung weiterer Schritte wird sich vor allem darauf erstrecken, ob die Sparkassen gegenüber ihren Garantieverbänden selbständiger zu machen sind als bisher und ob ihre Liquidität (Flüssigkeit) verbessert werden kann. Schon vor der Zahlungsstille im Juli war es offenbar, daß die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft ungleich und nicht entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen erfolgte. Dem Kapitalmangel auf der einen Seite stand vielfach ein Kapitalüberfluß auf der anderen gegenüber. Die Begrenzung des Kreditgeschäfts auf Orte und Bezirke, wie sie gerade bei den Sparkassen üblich ist, bietet gegen diese Unausgeglichenheit der Kapitalversorgung eine beachtliche Sicherheit. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit geben für die dringenden Erfordernisse der Zukunft einen klaren Ueberblick.

Der rein privatwirtschaftliche Standpunkt wird nicht mehr allein bestimmend sein dürfen für die Richtung, in die der Kapitalstrom fließen muß. Diese Richtung darf nicht allein abhängen von der Rendite, sondern auch von den Erfordernissen größter volkswirtschaftlicher Ergiebigkeit.

Nach wie vor werden die Sparkassen den Kleinkredit besonders pflegen müssen. Aber auch das private Bankgewerbe muß in dieser Richtung mehr tun. Das liegt nicht nur im allgemeinen Interesse, sondern auch im Interesse der größeren Sicherheit der Institute selbst; denn wohin die starke Verschiebung weniger Risikounternehmungen führt, dafür waren die letzten Monate eine harte Lehre. Die deutsche Wirtschaft steht in einem Reinigungsprozeß großen Umfanges. Es wäre falsch und unmöglich, diesen Prozeß aufzuhalten, aber alles muß geschehen, um die Opfer und Kosten der Krise so gering wie möglich zu halten. Im Kreditgeschäft wird in Zukunft insbesondere auch eine enge Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Bankgruppen notwendig sein. Die Zeit eines unregelmäßigen Nebeneinanderarbeitens wird endgültig der Vergangenheit angehören.

Als zweiter Redner ergriff

der preussische Innenminister Severing

in seiner Eigenschaft als oberste Aufsichtsinstanz der preussischen Sparkassen das Wort. Severing wies darauf hin, daß der Aufbau des öffentlichen Sparkassenwesens in Deutschland, wie es die Geschichte der letzten fünfzig Jahre zeigt, ein Erfolg der unversehrten deutschen Selbstverwaltung sei. Weil die Sparkasseneinrichtungen eine öffentliche Körperschaft sind, weil sie im weiteren Sinne nicht gewerbsmäßige, sondern gemeinnützige Einrichtungen darstellen, sind sie in ganz besonderem Maße geeignet, den Geld- und Sparverlehr mit dem „kleinen Mann“, also mit der Masse der Bevölkerung, durchzuführen. Welches Vertrauen die Sparkassen in den breiten Schichten der Bevölkerung genießen, zeigt sich darin, daß die mehr als 11 Milliarden starken Spareinlagen, die seit der Stabilisierung der Mark sich ansammelten, von mehr als 18 Millionen Sparern aufgebracht wurden. In diesen Ziffern steckt neben dem wirtschaftlichen Wert eine ungeheure politische Bedeutung, weil darin zum Ausdruck kommt, welches Vertrauen die breiten Massen den öffentlichen Spareinrichtungen

entgegenbringen. Der Staat hat daher die Pflicht, alles zu tun, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen und zu erhalten.

Es muß daher scharf ausgesprochen werden, daß der Staat und seine Organe mit allen Mitteln des Gesetzes gegen jene unverantwortlichen Gerüchelmacher, die von einem bevorstehenden Rückgriff des Staates auf die Sparguthaben sprechen, vorgehen werden. Ein derartiges Verbreiten von Gerüchten ist politische Brunnenvergiftung allerhöchster Art.

Die Finanzkrise des Hochsommers hat auch die Sparkassen schwer betroffen. Auch die verantwortlichen Leiter der Sparkassen müssen aus den Erfahrungen der schweren letzten Monate die notwendige Lehre ziehen. Für den Kredit unserer ganzen Wirtschaft wie für den Kredit der Sparkassen ist es unbedingt erforderlich, daß schleunigst dort reformiert wird, wo sich eine Reformbedürftigkeit herausgestellt hat. Man wird den Sparkassen da, wo es noch nicht der Fall ist, eine eigene Rechtspersönlichkeit geben müssen, um damit das Sparkassenvermögen in jeder Weise von den sonstigen Vermögen der Gemeinde zu trennen. Wir werden vor allem die Flüssigkeit und die Flüssigkeitsreserven der Sparkassen und Girozentralen stärken müssen. Die Anlagepolitik der Sparkassen muß durchweg liquider sein als bisher. Man darf nicht verkennen, daß das Realkreditgeschäft (Hypotheken) in den letzten Jahren überspannt worden ist. Auch dem Kommunalkredit werden engere Grenzen gezogen werden müssen. Vor allem aber muß die eigentliche Flüssigkeitsreserve der Sparkassen und Girozentralen in jeder Weise und nach jeder Richtung gesichert werden.

Alle diese Reformen dürfen aber nicht zu einer Beilegung der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung der Sparkassenorganisationen führen. Daher wird das preussische Innenministerium allen Angriffen entschieden entgegenzutreten, die auf eine Entkommunalisierung der Sparkassen und auf eine Zerkrümmung ihrer selbstgeschaffenen zentralen Organisation abzielen.

Sodann sprach der Präsident der Deutschen Girozentrale, Geheimrat Dr. Kleiner, der in seinem Referat den Weg der Sparkassen durch die Wirtschaftskrise in seinen Grundzügen schilderte. Wie vor fünfzig Jahren, sind die Sparkassen auch jetzt das Kraftzentrum der heimischen Kapitalbildung geblieben. Die Ereignisse vom Sommer, die ihren Höhepunkt an dem „schwarzen Montag“, dem 13. Juli, erreichten, haben auch die Sparkassen stark in Mitleidenschaft gezogen und den Prozeß des ständigen Aufstiegs seit 1924 unterbrochen.

Vom Juni bis August stellte sich der Einlagenrückgang auf 970 Millionen Mark, das sind 7,5 Proz. des Gesamtbestandes an Einlagen.

Ende September werden vermutlich 10 Proz. der Gesamteinlagen abgerufen sein. Nachdrücklich vertrat Dr. Kleiner die Forderung einer engeren Verbindung der Sparkassen mit der Reichsbank, da diese in anormalen Zeiten die einzige volkswirtschaftliche Flüssigkeitsreserve sei. Die rückläufige Entwicklung der Sparkasseneinlagen werfe das Problem einer Mobilisierung der angelegten Sparkassenkapitalien auf. Die wichtigste Unterlage für diese Mobilisierung bilden die Hypotheken, in denen mehr als 40 Prozent der Sparkassenkapitalien angelegt sind. Das Verlegen der westdeutschen Landesbanken in der Kreditkrise hat die Situation außerordentlich erschwert. Im übrigen aber hat sich die Organisation der Sparkassen durchaus bewährt. Zum Schluß seiner Ausführungen behandelte Dr. Kleiner die bankwirtschaftlichen Probleme, die die Krise der letzten Monate aufgeworfen hat. Ein wesentlicher Mangel unserer bisherigen Kreditorganisation sei darin zu sehen, daß die einzelnen Banken isoliert ohne Fühlung miteinander arbeiten, vor allem im Kreditgeschäft. So konnte es kommen, daß große Kreditnehmer bei mehreren Banken gleichzeitig erheblich verschuldet waren. Die zahlreichen Projekte einer Zwangsumschuldung behandelte der Redner sehr skeptisch. Die Pläne einer allgemeinen Schuldenerwertung sind gänzlich undiskutabel, da sie die Wirtschaftsmoral aufs schwerste erschüttern müssen. Eine scharfe Abgabe erteilte der Redner auch den Projekten zur Sparkassenreform, die eine wertmäßige oder zeitliche Begrenzung der Auszahlung von Sparguthaben anregen. Wer solche Vorschläge macht, hat keine Ahnung von der Psycho-

logie des Volkes. Dr. Kleiner schloß mit der Forderung eines Sparkassenführers vor fünfzig Jahren: Die Sparkassen sind dazu berufen, Ergiebigkeiten der Massen zu guter, vorföhrlicher Wirtschaft zu sein.

Kommunistische Störungsversuche.

Nach dem Schluß der Reichskanzlerrede ereignete sich auf der Jubiläumskundgebung der Sparkassen ein Zwischenfall. Der kommunistische Stadtverordnete Friß Lange, Berlin, der den Sitzungssaal der Kundgebung offenbar mit dem Stadtparlament verwechselte, rief dem Reichskanzler zu: „Wenn das Volk zur Selbsthilfe greift, ist es aus mit euren Rotverordnungen.“ Unbegreiflicherweise griff der Vorsitzende Dr. Kleiner nicht sofort durch, obwohl es auf der Hand lag, daß weitere Störungen diesem Zustand folgen würden. Die lärmenden Zwischenrufe Langes setzten dann auch bei der Rede Severings prompt wieder ein, der dem Schreier schlagfertig erwiderte, es gäbe auch eine Selbsthilfe der Veranstalter, die sich in einem Gebrauch des Hausrechtes äußere. Als Lange seine Beschimpfungen fortzusetzen versuchte, brach ein allgemeiner Tumult aus, in dessen Verlauf eine Anzahl Besucher den Störenfried hinausdrängte.

Pleite der Süddeutschen Holzindustrie.

Starke Verluste bei Vorräten und Beteiligungen.

Die Süddeutsche Holzindustrie A.-G., München, hat fast das ganze Kapital verloren. Zur Sanierung soll das Aktienkapital von 6,5 auf 1 Mill. Mark zusammengelegt und später auf 2 Mill. Mark wieder erhöht werden.

Nach vor einem Jahr verteilte die Gesellschaft eine Dividende von 7 Proz. Die überraschend hohen Verluste im neuen Geschäftsjahr sind zum kleinsten Teile im eigentlichen Geschäftsbetrieb entstanden. Der Betriebsverlust soll nur 0,4 Mill. Mark betragen. Für Abschreibungen auf Vorräte und Beteiligungen aber müssen 5,8 Mill. Mark aufgewandt werden. Die Vorräte haben sich durch den Sturz der Holzpreise entwertet. Vor allem scheint aber der Wert der Beteiligungen (5 Mill. Mark) einer erheblichen Verichtigung zu bedürfen. So hat die Tochtergesellschaft Deutsche Parkett A.-G. mehr als die Hälfte des Kapitals (1,9 Mill. Mark) verloren. Auch hat man der Pleite des Stuttgarter Bankhauses Alfred Schwarz, deren Chef bei der Süddeutschen Holzindustrie Aufsichtsratsvorsitzender war, einen Teil der Forderungen verloren. Traglich ist, ob nicht auch bei dem Britisch and European Timber Trust, der mehr als die Hälfte des Kapitals der Süddeutschen Holzindustrie besitzt, ein Ausfall von Forderungen eingetreten ist.

So ist auch diese Pleite eine Folge von vielfachen Konzernverflechtungen und mag eine Folge von ungünstiger Sachlage des eigentlichen Geschäfts. Wer die 1 Mill. Mark neue Aktien, für die das gesetzliche Bezugsrecht ausgeschlossen ist, übernimmt, ist unbekannt.

10 Millionen Tonnen Kohle auf Halde.

Anhaltende Schrumpfung in der Schwerindustrie.

Wie bei den Hochöfen und den Stahlwerken, sind im Monat August auch die Leistungen der deutschen Walzwerke weiter ganz erheblich gesunken. An 26 Arbeitstagen wurden 487 956 gegen 585 359 Tonnen an 27 Arbeitstagen im Juli hergestellt. Der Rückgang der Walzwerksleistungen gegenüber dem August vorigen Jahres, der gleichfalls schon von der Krise stark beeinflusst war, beträgt rund 21 Proz. Arbeitstägig ist die Produktion der Walz- und Drehwerke im Berichtsmonat auf 18 788 Tonnen gegen 21 680 Tonnen im Juli und fast 24 000 Tonnen im August 1930 zusammengeschrumpft. Gegenüber der höchsten Tagesleistung in der Nachkriegszeit, die im Mai 1927 erreicht wurde, ist die arbeitstägliche Produktion im August auf 46,79 Proz. gesunken.

Auch der Ruhrbergbau weist noch keine Besserung auf. In der dritten Septemberwoche vom 13. bis 19. September stellte sich die Förderung gegenüber der Vorwoche fast unverändert auf 1,59 Millionen Tonnen und die arbeitstägliche Leistung auf 265 059 Tonnen, das sind rund 600 000 Tonnen arbeitstäglich

neu ist die 33 1/3 Prozent bessere Mischung
echt orientalischer Tabake

neu ist das stärkere und längere Format
der Haus Bergmann „66“

neu ist die orange und gelbe Packung
der Haus Bergmann „66“

neu ist die „Mundstücklose“ Haus Bergmann „66“
Gelbe Packung: Rund-Dick-Ohne Mundstück
Orange Packung: Mit Goldmundstück

weniger als in der Vorwoche. Die Anzahl der wegen Abfahrmangel eingelegten Feierschichten ging kaum fühlbar von 33 030 auf 32 871 arbeitsfähig zurück. Je Mann der Belegschaft wurden in der Berichtswöchigen also vier Fünftel Feierschichten eingelegt. Die Halden sind noch wie vor überfüllt. Insgesamt türmen sich im Ruhrgebiet 10,32 Millionen Tonnen. Diese Riesenvorräte, die zur Zeit nicht verkauft werden können, zeigen deutlich den Weg, wie den Millionen Erwerbslosen im Winter mit billigem Heizmaterial geholfen werden kann. Die Vorräte sind da. Es gilt nur, sie zu mobilisieren. Hier wirksame Maßnahmen zu ergreifen, ist eine Aufgabe, die die Regierung bei dem nahenden Winter in kürzester Frist lösen muß.

Massensterben in der Waggonindustrie. Eine Stilllegung folgt der andern.

In dieser Woche haben bei der Waggon- und Maschinenbau-A.G. in Görtlich zwischen der Werkleitung, dem Gewerbeaufsichtsam und den Vertretern der Arbeiterschaft Verhandlungen stattgefunden, bei denen die völlige Stilllegung der Waggonbetriebe in Görtlich zur Debatte stand. Da überhaupt keine Aufträge zur Aufarbeitung mehr vorhanden sind, läßt sich eine Schließung dieser wichtigsten Betriebe des Unternehmens nicht mehr vermeiden, wenn nicht in kürzester Zeit von der Reichsbahn neue Bestellungen verteilt werden.

Die Krise im Waggonbau, die mit überraschender Schärfe nach der Aufarbeitung der letzten großen Reichsbahnbestellungen im Sommer einsetzte, ergreift jetzt also auch die bestgestellten Betriebe, wie die Görtlicher Waggonfabrik, die seit ihrer Sanierung 1925 hochrentabel gearbeitet hat. Da ausländische Aufträge so gut wie überhaupt nicht mehr zu erhalten waren und die Waggonindustrie ihrer ganzen Struktur nach stets von den Reichsbahnbestellungen abhängig ist, hat die Einstellung der Fahrzeugbestellungen durch die Reichsbahn tatsächlich die Waggonbetriebe leer gesetzt. Erst vor ganz kurzer Zeit ist die Hannoverische Waggonfabrik in Liquidation getreten, im Rheinland haben zwei Werke Stilllegungsanträge gemeldet, und wenn nicht in letzter Stunde die Reichsbahn sich entgegenkommend zeigt, werden auch die gesündesten Unternehmen dieser Industrie im Winter ihre Tore schließen müssen.

Preiserhöhung statt Kapitalabschreibung Abnehmerfeindliche Preispolitik des Blechwarensyndikats.

Die Blema, Blechwaren-Betriebsgesellschaft m. b. H., Berlin, fühlt sich veranlaßt, ihre monopolistische Preispolitik mit faulen Argumenten zu verteidigen. Dieselben Herren, die nicht genug nach Wirtschaftsfreiheit — wie sie sie verstehen! — schreien können, halten es für richtig, daß nach Ausschaltung jeglicher Konkurrenz die Klüft zwischen Produktionsmöglichkeit und Absatz noch vergrößert wird. So wenig Ahnung haben diese Herren vom Kapitalismus, daß sie noch nicht begreifen haben, daß eine kapitalistische Krise nur durch eine durch Preiserhöhungen erzwungene Angleichung des Produktionsapparates an den gesunkenen Umsatz überwunden wird.

Nachdem der Zusammenschluß der Produzenten zum Syndikat erfolgt ist, wären die Preise, nach Maßgabe der Selbstkosten festgesetzt, d. h. erhöht worden. Eine Freigabe der Preise könne nicht erfolgen, da eine Senkung der Untkosten entsprechend dem Umsatzrückgang infolge der unzureichenden Beschäftigung nicht möglich sei. Alles schön und gut. Solange alle Betriebe aufrechterhalten werden, ist natürlich eine Kostenentlastung nicht möglich, da der dauernde Beschäftigungsrückgang den Anteil der „fixen“ Kosten ständig erhöht. Aber dann Preiserhöhung? Um so mehr geht der Absatz zurück, um so schlechter wird die Beschäftigung, um so höher werden die Kosten — eine Schraube ohne Ende! Wie weit sollen die Preise noch erhöht werden? Bis gar kein Käufer mehr da ist? Und das alles, weil man nicht zugehen will, daß zwei Anlagen da sind, daß zwei Kapital investiert ist, daß also ein Teil des Kapitals verloren ist und abgeschrieben werden muß, damit durch Senkung der „fixen“ Kosten eine Preiserhöhung ermöglicht wird!

Zum deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag. Bis 15. November Ansprüche aus Versicherungen anmelden.

Entsprechend den Bestimmungen der Artikel 18 und 19 des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommens und entsprechend einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 1. Juni 1931, abgedruckt im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 125 vom 2. Juli 1931, sind Aufwertungsansprüche von Reichsdeutschen gegenüber polnischen Versicherungsgesellschaften bis 15. November 1931 bei dem Reichsaufsichtsam für Privatversicherung anzumelden.

Stilllegung bei der Rudolf Karstadt A.G. in Bocholt. Im Anschluß an den Stilllegungsbescheid der Direktion der Rudolf Karstadt A.G. in Bocholt, ist allen Arbeitern und Angestellten gekündigt worden. Erwerbslos werden dadurch etwa 1300 Arbeiter und Angestellte.

Wie man die Selbstkosten senken muß

Das Beispiel des deutschen Kohlenbergbaus.

Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise hat sich der Belegschaftsstand im Kohlenbergbau immer weiter verringert. Während im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier im Jahre 1929 noch 375 970 Arbeiter beschäftigt wurden, war diese Zahl im Monat Juni dieses Jahres auf 251 792 Mann gesunken; das sind 124 178 Arbeiter weniger als im Jahre 1929. Wenn man das Jahr 1913 zugrunde legt, dann sind jetzt im Ruhrrevier rund 180 000 Mann weniger in Arbeit als vor dem Krieg.

Ähnlich ist die Auswirkung in fast allen Kohlenrevieren. Eine Ausnahme macht höchstens das Sächsisches Steinkohlenrevier, wo die Belegschaftsziffer sich im Laufe der letzten Jahre noch etwas erhöhte, was aber bei der großen Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter nichts besagen will. Im ober-schlesischen Bezirk sank die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 59 918 im Monatsdurchschnitt des Jahres 1929 auf 43 981 Mann im Monat Juni dieses Jahres, im niederschlesischen Bezirk im gleichen Zeitraum von 27 330 auf 19 784, im sächsischen Bezirk von 23 331 auf 17 250 und im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus von 76 202 auf 60 019 Arbeiter. In etwa einem Jahre sind demnach in den größten Kohlenrevieren des Deutschen Reiches rund 170 000 Bergarbeiter entlassen worden und immer noch gehen Stilllegungen und Massenentlassungen von Bergarbeitern vor sich.

In jedem Revier ist es nicht nur die bange Sorge der Bergarbeiter, sondern auch der Kommunen und Behörden, wie lange dieser Weg weiter noch gegangen werden soll. Wesentlich anders als die Belegschaftsreduzierung entwickelt sich nämlich die Verminderung in der Produktion. Während z. B. an der Ruhr die Monatsproduktion bei einer Belegschaftsstärke von 375 970 im Jahre 1929 = 10,3 Millionen Tonnen betrug, machte die Kohlenproduktion im Monat Juni 1931 = 6,94 Millionen Tonnen aus. Die Belegschaft betrug aber in diesem Monat nur 251 792 Mann. Aus diesen Zahlen ist leicht ersichtlich, daß die auf den Kopf der Belegschaft entfallene Produktion im Jahre 1931 ungleich größer ist als im Jahre 1929. Nicht nur der Ruhrbergbau, sondern alle übrigen Bergbaureviers haben eine seit Jahren zu beobachtende Steigerung des Förderanteils je Schicht und Kopf der Belegschaftsmittelglieder zu verzeichnen. Wie es scheint, ist diese Entwicklung auch noch nicht abgeschlossen; die veröffentlichten amtlichen Zahlen zeigen eine ständige Aufwärtsentwicklung. So entwickelte sich der Förderanteil je Kopf und Schicht in den einzelnen Steinkohlenrevieren wie folgt:

	Ruhr	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Sachsen
Jahr 1913	944 kg	1139 kg	669 kg	710 kg	764 kg
1929	1271 kg	1377 kg	849 kg	658 kg	951 kg
Mai 1931	1465 kg	1550 kg	855 kg	744 kg	1010 kg

Im Ruhrbergbau stieg also der Förderanteil gegenüber dem Jahre 1913 auf 155, in Oberschlesien auf 136, in Niederschlesien auf 128, in Sachsen auf 105 und im Sächsischen Steinkohlenbergbau auf 132 Proz. Durch gesteigerte Arbeitsleistung je Kopf und Schicht sind Arbeitskräfte überflüssig geworden.

Wir erleben nun aber das sonderbare Schauspiel, daß trotz der gewaltigen Steigerung des Produktionsanteils immer wieder von den Unternehmern behauptet wird, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich sei. Die jetzt schon bestehenden Selbstkosten seien so hoch, daß sie nicht noch durch Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Steigerung vertragen könnten.

Sie können aber niemals den Beweis dafür erbringen, daß die Steigerung der Selbstkosten durch Löhne oder Materialkosten herbeigeführt wird. Vielmehr fallen, wie auch die nachfolgenden Zahlen beweisen, die reinen Lohnkosten je Tonne seit Jahren in den einzelnen Bergbaurevieren. So betragen die Lohnkosten (Lohnanteil der Arbeiter) je Tonne im

	Ruhr	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Sachsen
Jahre 1929	7,04 M.	4,92 M.	7,69 M.	8,36 M.	11,90 M.
1930	6,66 "	4,81 "	7,58 "	8,09 "	10,92 "
Mai 1931	5,76 "	4,19 "	7,30 "	7,36 "	9,62 "

Im Ruhrbergbau betragen die Lohnkosten in der Vorkriegszeit im Jahre 1913 je Tonne 5,94 Mark. Sie waren also 1913 noch um 18 Pfennig je Tonne höher als im Mai 1931. Die amtlich festgesetzten Kohlenpreise stehen heute aber noch um 20 bis 30 Proz. höher als im Jahre 1913. Man kann also die Lohnkosten nicht für das Festhalten an den bisherigen Preisen verantwortlich machen. Dazu kommt, daß auch die Materialpreise im Laufe des letzten Jahres erheblich gefallen sind. Der Bergbau gebraucht aber in sehr starkem Umfange Holz, Eisen, Zement und Zettel, alles Materialien, die, bis auf Eisen, außerordentlich stark im Preise gesunken sind. Dies zusammen müßte die Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, die auch den Arbeitsmarkt wirklich entlasten könnte. Das Unternehmertum glaubt aber immer noch mit Lohnsenkungen und durch Arbeitszeitverlängerung der Krise Herr zu werden!

Andererseits häufen sich die Feierschichten, die für

die Belegschaften und die Kommunalverbände sich zu einer Unentrichtlichkeit ausgewachsen haben. Auch hier könnte jeder Betrieb auf eine wirtschaftlichere Basis gestellt werden, wenn die tägliche Arbeitszeit verkürzt und das Werk dann voll beschäftigt wäre.

Wenn die Arbeitgeber im Bergbau aber über hohe Untkosten Klage führen, dann erklärt sich das durch die Ueberkapitalisierung, dadurch, daß Millionen nutz- und sinnlos angelegt worden sind. Man hat sie in Betrieben investiert, die jetzt stilliegen! Das investierte Geld muß aber amortisiert und verzinst werden. Das hält den Preis der Kohle hoch und steigert die Selbstkosten. Die vollständige Abschreibung dieser verlorenen Summen und ein gründlicher Kapitalschnitt ist notwendig, wenn der Bergbau von seinen Selbstkosten herunter will. Von der Lohn- und Arbeitszeitseite her ist dem Problem nicht beizukommen. Dagegen werden sich auch die Arbeiter und ihre Organisationen mit allen Kräften wehren.

Protest der Eisenbahner.

Immer noch Ueberstunden und Feierschichten.

Der Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichseisenbahn hat der Hauptverwaltung eine Darstellung übermittelt, hinter der wohl das gesamte Personal der Reichsbahn-Gesellschaft steht. Die Darstellung weist darauf hin, daß die Folgen der wirtschaftlichen Depression schwer und drückend auf dem Personal lasten, am schwersten aber durch Feierschichten und Lohnabbau auf der Arbeiterschaft. Beginnend mit der Einlegung von zwei Feierschichten pro Monat in den Werkstätten im Februar seien der Arbeiterschaft im Laufe der Zeit durch Vermehrung und Uebertragung der Feierschichten auf die Bahnumherhaltung, Güterböden und die Werkstättenbetriebe immer größere Opfer zugemutet worden. Die damit verbundenen Lohnausfälle führten zu einer starken Einschränkung der Lebenshaltung. Die Einkommensverluste belaufen sich für einzelne Gruppen der Arbeiter auf 30 Prozent und darüber.

Die Darstellung sagt dann wörtlich: „Diese einseitige Belastung besonders eines Teiles der Arbeiterschaft mit dem durch die Wirtschaftskrise entstandenen Betriebsrisiko hat unter den Betroffenen zu einer schweren Erschütterung des Vertrauens in eine gerechte und unparteiliche Handhabung der Personalwirtschaft der Hauptverwaltung geführt. Wir weisen nur auf die Tatsache hin, daß infolge der Zurückstellung der Reparaturarbeit in den Werkstätten trotz Feierschichten Tausende von Werkstättenarbeitern zu anderen, zum Teil sehr entlegenen Dienststellen versetzt und in andere, minder gut bezahlte Beschäftigungsarten übergeführt worden sind, während in den meisten Dienstweigen nach wie vor 54 Stunden und mehr pro Woche gearbeitet wird. Dabei steht fest, daß die Zahl der zurückgestellten Reparaturfahrzeuge, besonders solcher mit schweren Schäden, ständig im Steigen begriffen ist.“

Zu alledem wird neuerdings nach uns zugegangenen Mitteilungen von der Hauptverwaltung allen Erstes der Gedanke erwogen, von der Reiterordnung der Reichsregierung vom 26. Juni d. J. Gebrauch zu machen. Danach sollen nicht allein die Hauptverwaltung, sondern darüber hinaus auch ein Teil der zu tagen Fortfall kommen. Wir wissen zur Zeit noch nicht, wie weit diese Ermächtigungen bereits gebrochen sind und welche Schäden zur Zeit bei der Hauptverwaltung nach dieser Richtung hin bestehen. Eines steht jedoch heute schon fest, daß die Verwirklichung einer solchen Absicht die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft geradezu ins Unerträgliche steigern muß.“

Die Darstellung schließt mit der Forderung, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, eine bessere und gerechtere Personalpolitik in die Wege zu leiten.

Lohnabbau heiligt alle Mittel.

Auch der Pfundsturz muß herhalten.

Kein Argument ist den Unternehmern zu schlecht, um nicht als Begründung für den Lohnabbau verwendet zu werden. Jetzt beginnen sie eifrig schon vom Sturz des englischen Pfundes zu reden. „Der Deutsche“ schreibt dazu sehr zutreffend:

„Wie sich die wirtschaftliche Lage in England entwickeln wird, läßt sich noch nicht genau erkennen. Die bisherigen Erfahrungen, die mit der Aushebung der Goldwährung gemacht worden sind, lassen aber den Schluß zu, daß man die verstärkte Exportkonkurrenz Englands nicht überschätzen darf. Wir geben gern zu, daß vorübergehend der Einkauf in England sehr vorteilhaft sein wird und die konkurrierenden Exportindustrien der anderen Länder Ausfälle haben können. Aber der überwiegende Teil der englischen Ausfuhr beruht auf vorhergegangener Einfuhr. Diese muß England

Preußische Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse: 21. u. 22. Oktober

Wesentlich verbesserter Gewinnplan

345 000 Gewinne auf 800 000 Lose

Ausspielung in 5 Klassen insgesamt rund

114 Millionen RM

Achtel-Lose 5 RM

Viertel-Lose **10 RM** Ganze Lose **40 RM**

Halbe Lose **20 RM** Doppel-Lose **50 RM**

bei allen Staatl. Lotterie-Einnehmern von Groß-Berlin

Höchstgewinn auf 1 Doppellose (39 des Planes)	2 Millionen	R M
Höchstgewinn auf 1 Ganzes Los	1 Million	R M
2 Prämien zu je	5 000 000	R M
2 Gewinne zu je	5 000 000	R M
2 Gewinne zu je	3 000 000	R M
2 Gewinne zu je	2 000 000	R M
12 Gewinne zu je	1 000 000	R M

zu Goldpreisen, also genau so teuer wie wir auch kaufen. Ja, es kann durch die Entwertung des Pfundes sogar für England zu zähllicher Verteuerung des Einkaufs kommen. Auch seine Lebensmittel muß England zu Weltmarktpreisen hereinholen. Infolgedessen müssen in ganz kurzer Zeit die Preise in England steigen. Das wird eintreten, bevor die jetzt vorhandenen Vorräte aufgebraucht sind, weil der Handel sehr schnell auf Grund des Wiederbeschaffungspreises, den wir aus der Inflation kennen, kalkulieren wird.

Der Vorsprung Englands bestände dann lediglich darin, daß die Entwertung des Pfundes die englischen Reallohne herabdrückt. Wie lange sich die englischen Arbeitnehmer das gefallen lassen, werden wir ja sehen. Wahrscheinlich werden sie sehr bald eine Inbezugsrechnung durchsehen. Dann ist es mit dem billigeren Einkauf in England vorbei, es sei denn, England geht zu einer regelrechten Inflation über. Aber das glauben wir nicht.

Zedenfalls ist es nicht möglich, schon jetzt weittragende Entscheidungen im Hinblick auf das Sinken des Pfundes zu fällen. Insbesondere ist die Forderung verschiedener Unternehmerverbände wegen verschärfter englischer Konkurrenz, die Löhne zu senken, unbedingt abzulehnen. Es geht auf keinen Fall, daß vorübergehende Wirkungen auf einige Gewerbe, wie Kohlenbergbau, Schifffahrt, Textilindustrie, dazu benutzt werden, um einen neuen Lohnabbau in Gang zu bringen."

Die Extrawurst für die Schwerindustrie.

Christliche und Hirsche schließen ein Abkommen.

Essen, 28. September. (Eigenbericht.)

In der Arbeitszeitfrage für die Gruppe Nordwest der Deutschen Eisen- und Stahlindustrie wurde nach kurzer Verhandlung am Montag zwischen den Arbeitgebern und dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerksverein Hirsch-Dunder eine Vereinbarung getroffen, die die bisherige Regelung der Arbeitszeit mit bis zum 31. Oktober einmonatiger Kündigung verlängert. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der bisher in der Arbeitszeit tariflos war, ist der Vereinbarung nicht beigetreten. Warum ausgerechnet in der Schwerindustrie, wo selbst die 48stündige Arbeitswoche noch wesentlich überschritten wird, diese unerträglich lange Arbeitszeit nochmals um zwei Monate verlängert wird, ist wirklich nicht einzusehen.

"Aufgelöster" Arbeitgeberverband.

Wenn Unternehmer Wiße machen.

Die Unternehmer verfallen auf alle möglichen Kniffe, um ihren Willen durchzusetzen. Da ist in der bayerischen Hüttenindustrie vorige Woche ein Schiedspruch gefällt worden, der das bisherige Lohnabkommen unverändert verlängert. Dieser Schiedspruch wurde für verbindlich erklärt.

Was machen nun die bayerischen Hüttenbesitzer? Sie haben in den Betrieben am Sonnabend eine Bekanntmachung angeschlagen, in der sie mitteilen, erstens sei der Arbeitgeberverband aufgelöst, zweitens würde ab 1. September der Spigenlohn (!) von 67 auf 62 herabgesetzt werden. Punkt, Schluss! Diese bayerischen Hüttenbesitzer sind famose Kerle und erinnern

an Lubendorff. Wie dieser beim Einmarsch der Kapp-Truppen zufällig am Brandenburger Tor war, so haben die „aufgelösten“ bayerischen Hüttenbesitzer zufällig jeder für sich, aber übereinstimmend mit den anderen, denselben Befehl gefaßt: Nämlich den Hungerlohn von 67 Pfennig ab 1. Oktober um genau 5 Pfennig herabzusetzen. Aber der Arbeitgeberverband ist aufgelöst!

Wir glauben zu der Annahme berechtigt zu sein, daß weder der Deutsche Metallarbeiterverband als Tarifkontrahent, noch die Schlichtungsbehörde für solche Wiße das nötige Verständnis aufbringen werden. Die „aufgelösten“ bayerischen Hüttenbesitzer werden ihren Verein wieder neu gründen müssen, was ja ohne besondere Organisationschwierigkeiten vor sich gehen dürfte.

Friseurinnungen beim Lohnabbau.

35 Mark Wochenlohn noch zu hoch.

Die Tarifkommission der Friseurmeister hat im Auftrage der 14 Berliner freien und Zwangsinnungen den am 6. Januar dieses Jahres mit dem Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September gekündigt. In dem Kündigungs schreiben erklären sich die Meister zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages bereit und geben als Grund für die Tarifkündigung an, daß die Innungen eine wesentliche Herabsetzung der Löhne, ebenso eine Aenderung in der Urlaubsfrage als hauptsächlichsten Punkt der Verhandlung wünschen.

Die ersten Verhandlungen sind gescheitert. Dabei wurde angedeutet, daß ein Lohnabbau aus dem Grunde erfolgen müsse, weil die Innungen zu einer Herabsetzung ihrer Preise von den Behörden gedrängt würden. Dazu sei bemerkt, daß unter dem Einfluß der starken gegenseitigen Konkurrenz, die sich in der Krise natürlich besonders bemerkbar macht, die Bedienungspreise schon längst herabgesetzt wurden und dem arbeitslosen Teil der Kundschaft teilweise schon besondere Preise einräumten. Den Zwangsinnungen ist von jeher durch § 100q GG. verboten, ihre Mitglieder in der Festsetzung ihrer Preise zu beschränken.

Der Vorstand der Friseurmeister zur wesentlichen Herabsetzung der Gehilfenlöhne in Höhe von 35 Mark ist also hinfällig.

Vor allem Lohnabbau!

Gründe sind überflüssig.

Mit welchem Schematismus von den Unternehmern und den Schlichtungsbehörden heute Lohnpolitik getrieben wird, zeigt wieder einmal der Verlauf der Lohnbewegungen in den Berliner Bauhütten. Nachdem nach einem siebenwöchigen Streik im Herbst vorigen Jahres ab 1. Januar die tariflichen Spitzenlöhne der Bauhütten um 3 Pfennig und auf Grund der Inbezugsfrage über die Lebenshaltungskosten im Tarifvertrag im April um weitere 4 Pfennig abgebaut wurden, ließen die Unternehmer die Gelegenheit wiederum nicht ungenutzt vorübergehen, den Lohnvertrag zum 30. September zu kündigen.

Außer auf die Tariflöhne, die sie in der Spitze um 5 Proz. gekürzt wissen wollten, richteten die Unternehmer ihren Hauptangriff auf die Einteilungsbestimmung des Tarifvertrages, wo-

nach bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als die im Tarif verankerten nicht verschlechtert werden dürfen. Außerst aufschlußreich war sowohl bei den direkten Verhandlungen als auch bei den anschließenden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß die Haltung der Unternehmer. Auf die konkrete Frage der Unterhändler der Bauhütten, womit die Unternehmer ihre Abbauanträge begründeten, wußten sie keine Antwort zu geben.

Der Schlichtungsausschuß fällt trotzdem einen Schiedspruch, wonach von der Lohnwoche an, in der der 5. Oktober dieses Jahres fällt, die tariflichen Spitzenlöhne um 3 Pf. und in den anderen Gruppen im gleichen Prozentverhältnis gekürzt werden sollen. Das einzig Vernünftige an dem Schiedspruch ist, daß er die Löhne der Jugendlichen unter 18 Jahren in der alten Höhe bestehen läßt, desgleichen auch die Tarifbestimmung über den Nachtlohn der besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das neue Lohnabkommen soll bis zum 31. März 1932 gelten.

Für die Branchenkommission der Bauhütten war es äußerst schwer, der gestern tagenden Brandenburger Versammlung eine Empfehlung zu diesem Schiedspruch zu geben. Obwohl sie den Lohnabbau für ungerecht und ungerechtfertigt hält, die Branche auch fast reiflos organisiert ist, ist die Beschäftigungslage für die erfolgreiche Durchführung eines offenen Kampfes sehr ungünstig. Von etwa 3500 Branchenangehörigen sind zur Zeit nur noch gut 700 beschäftigt, wovon noch ein erheblicher Teil verkürzt, teilweise nur noch 24 Stunden in der Woche arbeitet! Aus diesen Gründen heraus empfahl die Branchenleitung die Annahme des Schiedspruches. Dieser Empfehlung stimmte die Versammlung schließlich mit Mehrheit zu.

SPD-Betriebsratien beim Arbeitsamt Berlin-Mitte, Donnerstag, 16. Uhr, Kadenstr. 10, Rosenhaldener Str. 40-41, Versammlung sämtlicher beim Arbeitsamt Mitte beschäftigten parteipolitischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Carl Kiste, W. d. R. spricht über die politische Lage und die Stellung der Partei. Empfindlichste sind eingeladen. Betriebsratien der SPD. Achtung, Bergmann Straß! Fraktionsversammlung der SPD. Genossen Mittwoch, 16 Uhr, bei Reuß, Ullricher Str. 21.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freie, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Adlershof: Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Schöneberg: Jugendheim Niederlehndorfer, Berliner Str. 31 (Waldschulstr. im Keller). Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Mitte: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Freie, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Prenzlauer Berg: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. — Mitte: Jugendheim Kottbuscher Platz, Kottbuscher Platz 11. Vortrag: „Die Frau in der Sozialpolitik“.

Nach langem, schwerem Herleiden verstarb am 27. September 1931 mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gewerkschaftssekretär

Ludwig Theibinger

im 51. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen

Margarete Theibinger, geb. Wettemann
Amalie Theibinger
Ludwig Theibinger
Elli Theibinger

Berlin-Lankwitz, den 29. September 1931.

Die Einkäscherung findet am Freitag, dem 2. Oktober 1931, 13½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100/103, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 1. Oktober, ebenfalls 7 Uhr, in den Sophien-Sälen Sophienstraße 17/18

Branchen-Versammlung sämtlicher Maschinen-, Motor-, Auto- u. Reparatur-Schlosser

Tagesordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Franz Rep. 32. b. R.
2. Branchenanglegenheiten.
3. Bericht des

Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Formier

Albert Döring

geb. am 1. Dezember 1857, am 20. September gekrankt ist.

Die Einkäscherung findet am Mittwoch, dem 30. September, 19 Uhr, im Krematorium Gertrudstraße statt.

Am 27. September starb unser Kollege, der Schleifer

Johann Kruczek

Die Einkäscherung findet am Donnerstag, dem 1. Oktober, 19 Uhr, im Krematorium Gertrudstraße statt. Siehe Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe

Am 17. August starb unser Kollege, der Schleifer

Georg Dieke

geb. am 12. März 1893.

Seine starb unser Kollege, der Drucker

Albert Jänicke

geb. 26. Januar 1833.

Seine starb unser Kollege, der Drucker

Die Einkäscherung findet am Freitag, dem 2. Oktober, 13½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100/103, statt.

250 Millionen Mark verpulvern, einen Riesenkonzern ruinieren, Zehntausende brotlos machen, Arbeiter schinden und für sich Paläste bauen. — so war

G. K. Lahusen

der „nationale und fromme Wirtschaftsführer“ Der Zusammenbruch hat manche Einzelheiten bekanntwerden lassen. Die volle erschreckende Wahrheit jedoch, tolle Unternahmerallüren und treche Verbrechen, wird erstmalig in der soeben erschienenen Schrift: „Das Panama der Nordvölle“ aufgedeckt. Die sensationelle

10 Pfennig-Broschüre

ist die härteste und ergreifendste Anklageschrift gegen den Kapitalismus. Kommen Sie bitte sofort zur Volkabuchhandlung, wir haben die Broschüre heute erhalten Sie müssen sie lesen und weitergeben — es gibt keine bessere Waffe im Kampf um unsere sozialistischen Ziele.

Zu beziehen durch: J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Abt. Sortiment, sowie durch sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Ziehen Sie um? — Müssen Sie in Ihrem Heim Ergänzungen vornehmen?

Dann nutzen Sie diese vorteilhaften Angebote

Bouclé-Teppiche solide Qualität, Kettfaser, 50x60	Größe ca. 200/300	240,350
	32,00	48,00
Pa. Velvet-Teppiche große Musterwahl, 50x60	Größe ca. 200/300	250,350
	68,00	110,00
Steppdecken Oberseite Kuschelwolle, Zierlich, 50x60		13,75, 17,75
Steppdecken nach Damenart, feinen Farben, 50x60		27,50, 37,50
Linoleum-Teppiche bedruckt, mit kleinen Schönheitsfehlern, 50x60	Gr. ca. 150/200	200,250
	8,75	14,75 19,75
Linoleum-Läufer gemustert, mit kleinen Schönheitsfehlern, Meter	ca. 67 cm br., ca. 90 cm br., ca. 110 cm br.	
	1,85	2,50 3,00
Fries für Fenster- und Türvorhänge, in vielen Farben, Meter	ca. 130 cm br., ca. 160 cm br.	
	4,50	5,90
Gitterstores-Stoff Materialware, mit Einsatz und Kunstheidenfranse, Meter		2,45, 3,90
Gardinenvolle, ca. 112 cm breit, in dunklen, mehrfarbig bedruckt, Meter		1,45, 1,95

Auf Wunsch Kredit durch KAUFKREDS

Spezialität Gegenstände werden auf Wunsch aufbewahrt!

TERMIN 4

DAS MARCHALSBERGERS-MALLEN-STADTEILEN

STOTTERN

Dauerheilung, EIG. grundlegendes Verfahren, Ausk. 4-7, Prosp. frei.

Fachinstitut Naedel, Berlin, Pankowstr. 24 (Karlshof)

